

**Gernot Bandur**

# ***Adolph Hoffmann***

## ***Leben und Werk***

**Freireligiöser, sozialistischer Verleger  
und Politiker**

**Hg. von der Humanistischen Akademie Berlin  
Redaktion: Eckhard Müller  
Berlin 2008**

*Herstellung des Textes, dessen Redaktion und der Manuskriptdruck wurden gefördert durch  
das Land Berlin.*

(Alle Rechte liegen beim Autor).

**Inhaltsverzeichnis**

	Seite
Vorwort des Herausgebers	3
Eltern, Kindheit, Jugend	4
Hinwendung zur Sozialdemokratie	5
Ein Geheimer in Nöten	6
Arbeiten für die Arbeiterbewegung	6
Nach dem Sozialistengesetz	8
Publizist und Zeitungsmacher	9
„Zehn Gebote“	11
Landagitation	12
Wahlkämpfer und Dichter	14
Frauenwahlrecht, Getreidezölle, Revisionismusstreit	15
Nachtasyl	18
Im Reichstag	19
Freidenker und Linker	20
Kriegsgegner	22
Revolutionär	23
Kultusminister	25
Kommunist	27
Bruch mit der KPD	29
Krankheit, Tod und Urnenfeier	30

## Vorwort des Herausgebers

Die vorliegende Studie ist als Bitte der Humanistischen Akademie Berlin als Beitrag für das Kolloquium am 15. März 2008 entstanden: „*Los von der Kirche! Staat-Kirche-Trennung in Deutschland und humanistische Kulturbewegung*“. In sie sind Passagen (z.T. stark verändert) einer im Jahr 2000 erschienenen Broschüre eingegangen, die Gernot Bandur in geringerer Auflage im Selbstverlag veröffentlichte: „*Adolph Hoffmann – Feuriger proletarischer Vulkan*“.

Gernot Bandur, Jg. 1934, von Beruf Lehrer, später Diplom-Historiker und wissenschaftlicher Bibliothekar, hat wohl Zeit seines Lebens über Adolph Hoffmann gearbeitet. Motive dafür sind auch biographisch begründet. Sein Großvater Franz Bandur (1874-1964) gehörte zur revolutionären Volksmarinedivision von 1918 und sein Vater Helmut Bandur (1905-1990) hatte noch selbst in Hoffmanns kleinem Buchladen Schriften gekauft.

Seit 1966 arbeitete Bandur mit anderen am „Biographischen Lexikon zur Geschichte der Arbeiterbewegung“, hrsg. vom IML beim ZK der SED und erschienen im Dietz Verlag Berlin. Daraus ergab sich 1970 die Erarbeitung auch eines biografischen Porträts von Adolph Hoffmann. Bandur, von der Persönlichkeit Hoffmanns fasziniert, setzte seine Forschungen zur Person vor allem in der Freizeit fort – bis in die Gegenwart, so weit die Gesundheit es zuließ.

Er führte zwischen 1971 und 1973 Zeitzeugenbefragungen einer inzwischen verstorbenen Enkeltochter Hoffmanns, Frau Charlotte Manthe, durch und betrieb Recherchen zum Haus „Waldesrieden“ in Vogelsdorf. Seine Forschungen mündeten 1985/86 in einer Studie, wovon Teile 1983 im „Börsenblatt des deutschen Buchhandels, Leipzig (Nr. 30)“ veröffentlicht wurden unter dem Titel „Zehn-Gebote-Hoffmann. Adolph Hoffmann, eine sozialistischer Verleger und treuer Vorkämpfer der deutschen Arbeiterklasse. und 1987 in den „Beiträgen zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ (Jg. 29, Nr.2) unter dem Titel „Er besaß das Vertrauen der Arbeiter. Adolph Hoffmann“. Die gesamte Studie „Feuriger proletarischer Vulkan“ sollte 1989/90 in einer Reihe des Stadtmuseums Halle publiziert werden, doch kam es dann durch die Zeitumstände nicht mehr dazu.

Vorhandenes Material und einige kleinere Artikel in Zeitungen gingen ein in die Publikation „Kein Jenseits ist, kein Aufersteh'n'. Freireligiöse in der Berliner Kulturgeschichte. Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung im Prenzlauer Berg Museum Berlin vom 7. Juli 1998 bis 31. Januar 1999. Berlin 1998“.

Anmerkung zur Edition: Die Fußnoten wurden überprüft. Bei Verweisen auf Archive wurden die alten Signaturen beibehalten, die neuen können über die Akademie bei Dr. Eckhard Müller erfragt werden. Die Überschriften sind vom Herausgeber eingefügt. Auf Urteile hinsichtlich der durch den Autor getroffenen Bewertungen, besonders hinsichtlich seiner politischen Biographie Adolph Hoffmanns, wurde verzichtet. Ebenso verfahren wurde hinsichtlich der Bewertung von Konrad Haenisch und anderen freidenkerischen Mitstreitern durch Gernot Bandur.

Die Humanistische Akademie dankt Gernot Bandur für sein Lebenswerk. Und sie dankt Eckhard Mueller, der sich an die schwierige Redaktion gemacht hat. Und sie bedankt sich bei Simone Bulke für das Abschreiben der z.T. handschriftlichen Vorlagen.

Horst Groschopp  
28. Februar 2008

## Eltern, Kindheit, Jugend

Adolph Hoffmann wurde zu einem der bekanntesten Autodidakten in der deutschen Sozialdemokratie. Er stritt an der Seite von August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Paul Singer für die Forderungen und Ziele der Sozialdemokratie im Erfurter Parteiprogramm. Er war langjähriger Gefährte Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs, Franz Mehrings und Clara Zetkins in deren Eintreten gegen Ausbeutung, Militarismus und Krieg.

Wer sich mit der über 150jährigen Geschichte der Berliner Freireligiösen Gemeinde beschäftigt, stößt auf eine historische Person, die über ein halbes Jahrhundert mit deren Geschicken eng verbunden war: Adolph Hoffmann als Mitglied, Funktionär und Vorsitzender. Johann Franz Adolph Hoffmann wurde am 23. März 1858 in Berlin als außereheliches Kind geboren.<sup>1</sup>

Seine Mutter, Pauline Mathilde Berta Hoffmann, kam aus einer alteingesessenen und streng katholischen Fischerfamilie. Sie arbeitete als Dienstmädchen, starb aber bald nach der Geburt ihres Sohnes. Der Vater, Beamter am königlichen Hofe, hatte sich durch einmalige Zahlung aller seiner Pflichten entledigt. So wuchs der Junge zunächst in einem Kinderheim, dann bei der Großmutter bzw. in der Familie eines seiner Taufpaten, des Tuchmachers J. Pohl, gemeinsam mit dessen Tochter auf.

Die Familie wohnte im Zentrum Berlins, am Alexanderplatz, unweit von Marienkirche, Klosterstraße, Spittelmarkt. Als Neunjähriger musste er nach dem Tod des Pflegevaters für seinen Lebensunterhalt selbst aufkommen. Er verrichtete verschiedene Arbeiten und nur noch selten konnte er die Gemeindeschule besuchen. Bis zum Lehrbeginn 1872 brachte er es auf rund 3 1/2 Jahre.

Sein späteres gutes Allgemeinwissen verdankte er seinem Fleiß und seiner rastlosen Energie. Über die Freireligiösen kam Hoffmann noch vor dem Bismarckschen Sozialistengesetz in Kontakt zur Sozialdemokratie.

Zunächst begann A. H. eine Lehre als Graveur, musste aber wegen eines Augenleidens als Vergolder weiterlernen. Als so genannter Freilerner, der beim Lehrmeister wohnte und auch von ihm beköstigt wurde, war er gezwungen nicht nur täglich bis zu 14 Stunden arbeiten, sondern in der geringen Freizeit weitere Dienste zu verrichten, wie beispielsweise sonntags „für die Frau Meisterin erst Holz hauen“ oder, schon zum obligatorischen „Kirchgang bereit, wieder ausziehen und die Werkstatt, weil er es nicht ordentlich gemacht hatte, nochmals aufräumen“.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Bis 1982 wurde in der Literatur immer der 22. März 1858 als Geburtstag angegeben. Entsprechend dem Taufregister von St. Marien 1858, Bl. 192, Nr. 150, habe ich erstmals in dem Artikel „Zehn-Gebote-Hoffmann. Adolph Hoffmann – ein sozialistischer Verleger und treuer Vorkämpfer der deutschen Arbeiterklasse“ (Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel, 30/1983, S. 595-597) dieses Datum verwendet. Als Grundlage für die anderen biografischen Daten dienten u.a. die Handbücher des Deutschen Reichstages und des Preußischen Landtages, die Erinnerungen Hoffmanns sowie Angaben von Frau Charlotte Manthe, einer inzwischen verstorbenen Enkeltochter Adolph Hoffmanns, gegenüber dem Autor in den Jahren 1971-1973. Im folgenden werden nur direkte Zitate und in Einzelfällen darüber hinausführende Angaben belegt. Vgl. auch Gernot Bandur, Adolph Hoffmann. Feuriger proletarische Vulkan, Selbstverlag Berlin 2000.

<sup>2</sup> Adolph „Hoffmann´s Erzählungen“. Gesammelte und heitere Erinnerungen aus sozialistengesetzlicher Zeit. Berlin o.J. [1928], S.4.

Als junger Mann bestritt A. H. seinen Lebensunterhalt in der Textil- und Metallbranche. Aber mit etwa 25 Jahren verschlimmerten sich sein Bronchitis- und Asthmaleiden, so dass er den erlernten Beruf aufgeben musste. Einmal zog er als Hausierer mit Zeitschriften und Büchern, ein anderes Mal mit selbst gemalten Landschaftsbildern oder auch Tabak-, Kurzwaren und ähnlichem von Wohnung zu Wohnung durch den Berliner Osten.

Seit 1873, damals noch Lehrling, besuchte A. H. regelmäßig die Veranstaltungen der Berliner Freireligiösen Gemeinde, die zu dieser Zeit rund 850 zahlende Mitglieder, mehrere Dutzend Sympathisanten und eine aktive Jugendabteilung hatte.<sup>3</sup> Hier hörte er das, was er verstand und wonach er suchte. Denn die Männer, die dort sprachen, knüpften „an das menschliche Leben an“.<sup>4</sup> Sie traten ein für freie Selbstbestimmung und Verbindung der Religion mit den Ergebnissen der Vernunft und Wissenschaft.<sup>5</sup>

### **Hinwendung zur Sozialdemokratie**

Bei Vorträgen, Diskussionen, zwanglosen Unterhaltungen und bei Wanderungen in die nähere Umgebung Berlins, so in den Tiergarten, den Grunewald, den Tegeler Forst, die Müggelberge und nach Rixdorf, lernte er viel. Hier erfuhr A. H. erstmals einiges über die organisierte Arbeiterbewegung. Neben den Predigern H. Sachse und Georg Siegfried Schäfer beeinflussten ihn besonders – wie er sich im Alter erinnerte – der Zigarrenmacher und aktive Gewerkschafter Friedrich Wilhelm Fritzsche, der Redakteur Wilhelm Hasselmann sowie der ehemalige Buchbinder und Redakteur Johann Most. Letzterer war durch eine populäre Einführung in das Marxsche „Kapital“ bekannt geworden.

1876, gerade 18 Jahre alt, schloss sich A. H. der durch die Vereinigung von SDAP und ADAV entstandenen Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, der späteren SPD, an. Er nutzte geschickt nach Erlass des Sozialistengesetzes – dem Verbot der Partei in Preußen folgte selbiges 1878 im ganzen Reiche – berufliche Arbeit und Tätigkeit bei den Freireligiösen für die politische Tätigkeit aus. 1883 war er als einer der sozialdemokratischen Vertrauensmänner des Berliner Ostens und kommissarischer Leiter der Freireligiösen Gemeinde Berlin an der offiziellen Nominierungsversammlung für den Stadtverordnetenkandidaten Paul Singer beteiligt.

Die Funktion war A. H. als einem relativ jungen Genossen auch wegen seines „Witzes, seines Elans und seiner Art, jede Sache direkt anzupacken“<sup>6</sup>, übertragen worden. Je mehr Ansehen A. H. bei Genossen und Freunden erlangte, umso mehr hasseten ihn seine Gegner. Sie wollten ihn loswerden. Als sie mit psychischem Druck nichts erreichten, versuchten sie es mit finanziellen Lockungen. Hier erhoffte sich die politische Polizei Erfolg, denn A. H. der schon früher in ärmlichen Verhältnissen lebte, befand sich nach seiner Verheiratung 1879 in ständigen Geldsorgen.

<sup>3</sup> Vgl. Freireligiöser Kalender auf das Jahr 1875. Hrsg. von Dr. August Specht, Gotha 1875, S.20.

<sup>4</sup> Adolph „Hoffmann’s Erzählungen“, S.5.

<sup>5</sup> Vgl. Bruno Wille, Die Freireligiöse Gemeinde zu Berlin. Geschichtlicher Rückblick. Zur Erinnerung an die fünfzigjährige Jubelfeier 1845-1895, i. A. d. Gemeinde verf., Berlin 1895, S.25.

<sup>6</sup> Zit. nach : Karl Köstler: Episoden aus dem Kampf Adolph Hoffmanns in der Berliner Sozialdemokratie. In: Berliner Heimat, Berlin 1959, Nr. 1, S.8-14.

Mit wöchentlich maximal 15 Mark musste er die bald sechsköpfige Familie ernähren.<sup>7</sup> Und jetzt bot man ihm als Judaslohn pro Woche nochmals zwanzig Mark. Als Polizeiagent sollte er „kleine“ Informationen über das sozialdemokratische Parteileben liefern. Über das, was in ihm damals vorging, schrieb er später: „In mir kochte die Wut über die schamlose Zumutung, Verräter meiner Kampfgenossen zu werden.“ Und weiter: „Ich habe wirklich nie Anlagen zum Prügelhelden gehabt. Aber in diesem Augenblick zuckte es in meinen Fingern, dem Versucher die Antwort sofort ins Gesicht zu schlagen ... In letzter Zeit waren an Genossen öfter solche Zumutungen gestellt, konnten aber selten unter Beweis gebracht werden und wurden im Reichstag bei den Sozialistengesetzverlängerungsdebatten vom Polizeiminister Puttkammer abgestritten, oder es wurde gar behauptet, der betreffende Arbeiter hätte sich zu solchen Diensten angeboten.“<sup>8</sup>

### **Ein Geheimer in Nöten**

Um den endgültig schlüssigen Beweis für derartige Machenschaften der Polizei zu liefern, ging A. H., in Absprache mit dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Bloss, zum Schein auf einen Terminvorschlag der Polizei zur Beratung der „Formalitäten“ ein. In seiner Wohnung empfing er einen Polizeikommissar. Aber es war auch Wilhelm Bloss anwesend. Im Kleiderschrank versteckt, hörte er alle Einzelheiten. In der nächsten Reichstagssitzung konnten die Praktiken der Bismarckschen Polizei entlarvt werden. Selbst bürgerliche Kreise konnten nicht umhin, die schmutzigen Geschäfte des Bismarckstaates zu verurteilen. Die „Demokratische Volkszeitung“ berichtete darüber in einer ihrer Nummern unter der Überschrift „Ein Geheimer in Nöten“.<sup>9</sup>

Am 9. Januar 1884 wurde eine Anklage wegen Hochverrats angestrengt, denn die Polizei konnte A. H. die zugefügte Schlappe nicht vergessen, wollte ihn vor den Arbeitern, deren Vertrauen er besaß, diskreditieren. Da ihm aber verschwörerische Absichten nicht nachgewiesen werden konnten, musste er freigesprochen und nach fünfzig Tagen aus der Untersuchungshaft entlassen werden. Die unsicheren Verhältnisse veranlassten A. H. Berlin zu verlassen.

### **Arbeiten für die Arbeiterbewegung**

Er übersiedelte nach Halle (Saale). Dort eröffnete er ein kleines Geschäft, schaltete sich schnell wieder in die politische Arbeit ein. Oftmals war sein Laden illegaler Treffpunkt. Bekannt ist, dass sozialdemokratische Druckschriften von hier ihre Runde in Halle und die weitere Umgebung nahmen.

---

<sup>7</sup> Adolph Hoffmann heiratete am 15. Oktober 1879 die Arbeiterin Auguste Streitner. Zur Familie gehörten 1883 noch die Kinder Arthur, Franz, Martha und Max. Später wurden noch Gertrud und Adolf geboren. Ein weiteres Mädchen starb bald nach der Geburt an Unterernährung. Nach Ehescheidung 1896 heiratete Hoffmann ein zweites Mal. Emma Kricke, ein aus einer sozialdemokratischen Familie kommendes Proletariermädchen, hatte er in der Parteiarbeit kennen gelernt. Aus dieser Ehe kam Sohn Erich. Anfang der 20er Jahre endete auch diese Ehe und Adolph Hoffmann heiratete seine nach Jahren jüngere, langjährige Mitarbeiterin Martha Peege. Diese Angaben stützen sich auf zwischen 1971 und 1973 gemachte Aussagen von Frau Charlotte Manthe, einer inzwischen verstorbenen Enkeltochter Hoffmanns.

<sup>8</sup> Adolph „Hoffmann´s Erzählungen“, S.27.

<sup>9</sup> Ebenda, S.40.

Die von Karl Kautsky herausgegebene theoretische Zeitschrift „Die Neue Zeit“ gehörte ebenso dazu wie das illegale vertriebene Zentralorgan „Der Sozialdemokrat“. Neben dem Mühlenbauer Gustav Schmidt aus Magdeburg, seit 1878 sozialdemokratischer Vertrauensmann in Halle, den Tischlern Karl Krüger aus Pyritz und Adolf Leopoldt aus Stettin, war A. H. bald für den Vertrieb mit verantwortlich. Ständig stieg die Abonnentenzahl für den „Sozialdemokrat“.

Schnell erwarb sich A. H. auch in Halle das Vertrauen seiner Genossen und war seit 1886 Mitglied der Leitung der sozialdemokratischen Wahlkreisorganisation für die Provinz Sachsen und Thüringen. Offiziell war die Organisation in drei Bezirke unterteilt, und zwar nach den Regierungsbezirken: 1. Magdeburg mit Anhalt; 2. Merseburg; 3. Erfurt mit Weimar, Gotha und Schwarzburg-Sonderhausen.<sup>10</sup> Speziell war A. H. für den Raum Merseburg-Querfurt, später für den Wahlkreis Naumburg-Zeitz-Weißenfels verantwortlich.

Zu den Reichstagswahlen 1887 kandidierte A. H. erstmals. Alle bürgerlich-junkerlichen Parteien, von den Nationalliberalen bis hin zu den Konservativen, traten in einem Wahlkartell an. Ihr Ziel war die abermalige Erhöhung der Präsenzstärke des Heeres, die weitere Militarisierung des Lebens. Dagegen führte die Sozialdemokratie den Kampf unter der Losung: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“

Für A. H., der gestützt auf das Manifest der sozialdemokratischen Parteileitung mit einer demokratischen Alternative in den Wahlkampf ging, wurde im Wahlkreis 5 591 Stimmen abgegeben. Vor allen Dingen des klaren Programms und seines persönlichen Einsatzes und Mutes wegen, waren das über 2 000 Stimmen mehr als bei der Wahl 1884 für den Kandidaten der Sozialdemokratie registriert wurden. Prozentual machte dies 20,9 % der abgegebenen Stimmen aus. Im Reichsdurchschnitt wurden 10,1 % gezählt. 1890 erhielt A. H. sogar 37,4 %. Erst im notwendig gewordenen zweiten Wahlgang unterlag er dem bürgerlichen Gegenkandidaten. Über 13 000 erwachsene Männer wählten ihn.<sup>11</sup>

1889 nahm A. H. am Gründungskongress der II. Internationale in Paris teil. Er vertrat die Genossen aus dem Wahlkreis Naumburg-Zeitz-Weißenfels sowie die aus den Mansfelder Kreisen und Merseburg. Dabei wurde ihm sein Mandat während einer illegalen Zusammenkunft in einem Chausseegraben übertragen. Für ihn selbst blieb die Teilnahme am Kongress „bis ans Lebensende die schönste Erinnerung“<sup>12</sup>.

Die Sozialdemokraten aus Naumburg gaben A. H. eine Zustimmungsadresse an den Kongress mit. Sie lautete: „Die sozialistische Gruppe der Stadt bringt dem Kongress die aufrichtigsten Wünsche dar für den Erfolg seiner Arbeiten“.<sup>13</sup> Ähnliche Grußadressen kamen aus verschiedenen anderen deutschen Städten und vielen Ländern.

<sup>10</sup> Vgl. Karl Hellfaier, Zur Geschichte der illegalen Sozialdemokratie während des Sozialistengesetzes in Halle (Saale). In: Wiss. Zeitschrift der Universität Halle-Wittenberg. Gesellschaftswiss. Reihe, 2/1954, S. 291-311.

<sup>11</sup> Vgl. Dieter Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869-1914. Ein Handbuch über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassenkampf, Berlin 1976, S. 531.

<sup>12</sup> Adolph „Hoffmann´s Erzählungen“, S. 133.

<sup>13</sup> Protokoll des Internationalen Arbeiter-Kongresses zu Paris. Abgehalten vom 14. bis 20. Juli 1889, Nürnberg 1890, S. 128.

In seinem tagespolitischen Programm setzte sich der Kongress u. a. für die Einführung des Achtstundentages und für die Beseitigung der stehenden Heere ein, forderte die allgemeine Volksbewaffnung, wies alle Kriegspläne zurück und sah den Kampf für den Frieden als eine unerlässliche Bedingung der Arbeiterbewegung an.

Am Tage nach Beendigung des Kongresses ehrten die Delegierten berühmte Vorkämpfer. Neben den gefallenen Kommunarden auf dem Père Lachaise, ihrer letzten Kampfstätte im Mai 1871, waren dies Karl Ludwig Börne und Louis Auguste Blanqui. Ein Teil der deutschen Abordnung legte außerdem am Grabe Heinrich Heines auf dem Friedhof in Montmartre einen großen Kranz nieder. Auf einer weißen Atlaschleife trug er mit goldenen Lettern die Inschrift: „Henri Heine les Socislistes Allemands, 21. Juillet 1889“ (Heinrich Heine. Die deutschen Sozialisten, 21. Juli 1889).

A. H., der sich viel mit Heinrich Heine beschäftigt hatte und um diese Zeit mit ersten eigenen literarischen Versuchen begann, wurde für die Gedenkrede ausgewählt. Er würdigte vor allem die Verdienste, „die sich Heine um die Sache des Proletariats erworben“ hat.<sup>14</sup>

Wenige Wochen nach Abschluss des Sozialistenkongresses fand am 24. November 1889 im großen Saal des „Hofjägers“ in Halle der Regionalparteitag für die Provinz Sachsen und Thüringen statt. „93 Orte waren durch Delegierte vertreten. Den Vorsitz führte Adolph Hoffmann“<sup>15</sup>, der zur Leitung der Hallenser Wahlkreisorganisation gehörte. Dieser gehörten außerdem an der Tischler Karl Krüger als Vorsitzender, Korkschneider August Groß als Kassierer, Tischler Adolf Leopoldt als Schriftführer und Zigarrenhändler Albert Sanow. Der Parteitag wertete den Pariser Sozialistenkongress aus und fasste auf der Grundlage des Wahlprogramms der Partei vom 23. Oktober 1889 in Vorbereitung der für Februar 1890 angesetzten Wahlen zahlreiche Beschlüsse. Unter anderem wurden festgelegt, erstmals in allen Wahlkreisen eigene Kandidaten aufzustellen.

Entsprechend den Empfehlungen des Gründungskongresses der II. Internationale wurde auch festgelegt, in Halle und anderswo für den 1. Mai 1890 Kampfkationen vorzubereiten. Gleichzeitig wurde eine Agitationskommission berufen, die die Aufgabe hatte, die Propaganda- und Aufklärungsarbeit zu koordinieren und damit zu verbessern. Begonnen wurde auch mit den Vorarbeiten zur Herausgabe regelmäßig erscheinender regionaler Zeitungen. Beauftragt mit dieser Arbeit wurden der Schneider Adolf Albrecht, A. H. und W. Sengbiel. Als Ersatzmänner in der Agitationskommission fungierten August Groß und Wilhelm Biehl. Letztere hatte sich schon vor dem Sozialistengesetz als Propagandist und Organisator der sozialdemokratischen Arbeiter Halles Verdienste erworben.

### **Nach dem Sozialistengesetz**

Nachdem das Sozialistengesetz am 25. Januar 1890 nicht mehr verlängert worden war, ging es für die Arbeiterpartei darum, unter den geänderten politischen Bedingungen ihre künftige Strategie und Taktik zu erneuern.

<sup>14</sup> Ebenda, S.128.

<sup>15</sup> Karl Hellfaier, S.310; vgl. auch Staatsarchiv Potsdam, Pr.Br., Rep. 30, Berlin C, Polizeipräsidium, Titel 94, Lit S (Nr. 12898), Bl. 245; Durch Kampf zum Sieg (Jubiläumsschrift der sozialdemokratischen Partei in Halle und den Saalkreis. Hrsg. vom Vereinsvorstand, Halle (Saale) o. J. [um 1890], S.59.



Auf den Parteitagen 1890 in Halle und 1891 in Erfurt, an denen A. H. als Delegierter teilnahm, waren ein neues Organisationsstatut und ein neues Parteiprogramm beschlossen worden.

Die Dokumente gingen davon aus, dass Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus die Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse und die Umwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum ist. Das Erfurter Parteiprogramm bekräftigte das Bekenntnis zum proletarischen Internationalismus und forderte u.a. : „ 6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet geachtet werden.“<sup>16</sup>

In den politischen Forderungen orientierte das Erfurter Parteiprogramm der deutschen Sozialdemokratie auf den Kampf um die Durchsetzung weitgehender bürgerlich-demokratischer Rechte und die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse. Von diesen Inhalten des Erfurter Parteiprogramms ließ sich A. H. in seiner gesamten politischen Arbeit leiten.

### **Publizist und Zeitungsmacher**

Eine entscheidende Rolle für die sozialdemokratische Agitation spielte die Presse als damals alleiniges Massenkommunikationsmittel. Deshalb wurden die Vorbereitungen zur Herausgabe regionaler und legaler Parteiorgane beschleunigt. Im Regierungsbezirk Merseburg wurden das „Volksblatt“ für Halle und den Saalkreis sowie „Der Volksbote“ für den Wahlkreis Naumburg-Weißenfels-Zeitz publiziert.

Beide Zeitungen, deren Probenummern bereits in einigen Zehntausenden Exemplaren erschienen, fanden sofort (wie die über 100 in ganz Deutschland verbreiteten Partei- und Gewerkschaftszeitungen) einen großen Käuferkreis. Ab 1. April 1890 erschienen beide regelmäßig, zunächst dreimal wöchentlich, dann an jedem Werktag. Verantwortlicher Redakteur und Herausgeber des „Volksboten“ wurde A. H. Zunächst blieben Sitz der Redaktion, der Druckerei und der Expedition in Halle.

Der Abonnementspreis betrug vierteljährlich 1,25 Mark bei einer Auflage von 3000 bis 5000 Exemplaren. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass sich mehrere Familien eine Zeitung teilten, es also gesichert sein dürfte, dass die Zeitung mindestens 20 000 Leser hatte. Die meisten Zeitungen (1500 – 1700 Exemplare) gingen nach Zeitz. Viele Genossen nahmen ihren „Volksboten“ auch mit zur Landagitation.

---

<sup>16</sup> Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891, Berlin 1891, S.5.

Wie A. H. bereits in der Probenummer schrieb, wollte der „Volksbote“ nichts weiter, als sein Name andeutete, „ein Bote des Volkes sein, welcher die Wünsche und den Willen des Volkes auszuführen und zu vertreten sucht!“ Und weiter schrieb er:

*„Das Wohl der Gesamtheit ist das höchste Gesetz auf Erden!*

Doch soll ihm dieser Kampf gelingen,  
 Der so edel und so schön,  
 Müsst Ihr alle darum ringen,  
 `Treu` und `fest` zusammenstehen.  
 Um die `Wissenschaft` gescharet,  
 Mit der `Wahrheit` Schlacht-Panier.  
 Bildung, Anstand stets bewahret.  
 Das ist des Kämpfers wahre Zier.  
 So zieht der `Volksbote` in den Streit.  
 Und wer mit gleichem Sinn bereit,  
 Kämpfe mutig jetzt an seiner Seit`  
 Für `Freiheit` und `Gerechtigkeit`!<sup>17</sup>

Da sich die Herstellung und der Vertrieb des „Volksboten“ aber viel teurer gestalteten als ursprünglich angenommen wurde, verzogen der Redakteur A. H. und der Expedient Adolf Leopoldt am 1. Oktober 1890 von Halle nach Zeitz. Hier am Neumarkt 38 wurde ein kleiner Laden gemietet, in dem Redaktion, Expedition und Buchhandel eingerichtet wurde.

Zugleich verkaufte A. H. auch noch Tabakwaren. In einer Chronik wurde berichtet: „Vom Jahre 1888 ab war Genosse Adolf Hoffmann aus Halle für unsern Wahlkreis tätig. Ihn hatten die Parteigenossen zu ihrem Kandidaten für die Reichstagswahl aufgestellt, und er hielt in den Jahren 1888 bis zur Wahl 1890, so oft es ging, Versammlungen ab. Er war es auch, der mit den leitenden Genossen die Gründung einer eigenen Zeitung für den Wahlkreis besprach und Anregungen dazu gab.“<sup>18</sup>

„Der Volksbote“ mit dem Untertitel: „Offizielles Organ der Sozialdemokratie des Wahlkreises Naumburg, Weißenfels, Zeitz“ wurde ab 1. Oktober 1890 nunmehr auch nicht mehr in Halle gedruckt, sondern in Leipzig. Zugleich wurde der wichtigste, der so genannte politische Teil der Zeitung aus dem Leipziger „Wähler“ (Vorläufer der „Leipziger Volkszeitung“) übernommen.

Aktiv setzte sich A. H. mit der Politik der herrschenden Klassen auseinander. So ist es nicht verwunderlich, dass sie gegen ihn verschiedene Prozesse anstrebten. Der „Vorwärts“ vom 12. März 1891 berichtete beispielsweise, dass zugleich ein halbes Dutzend Prozesse allein wegen Pressvergehens anhängig waren. Gleich die Probenummer des „Volksboten“ hatte einen Schullehrerprozess provoziert, da A. H. sich gegen die Erteilung des Religionsunterrichts im Rahmen des allgemeinen Schulunterrichts aussprach.

Am 19. Februar 1891 trat er seine erste Gefängnisstrafe als Redakteur an. Eingekerkert wurde er für einen Monat wegen „Ministerbeleidigung“. Erst am 21. März entlassen, musste er am 15. April erneut eine vierzehntägige Haft antreten.

<sup>17</sup> Der Volksbote (Zeitz), 1890, Probenummer, S.1.

<sup>18</sup> Rote Chronik der Kreise Zeitz, Weißenfels und Naumburg, Zeitz 1931, S. 245.

Am 26. Mai 1891 verurteilte man ihn zu einer Geldstrafe von 30 Mark wegen Beleidigung eines Klavierfabrikanten in Zeitz. So ließe sich die Reihe fortsetzen. Neben diesen Prozessen wegen Vergehens gegen die Pressegesetze war er über ein Jahrzehnt auch noch in ständige so genannte Religionsprozesse verstrickt, da er es ablehnte, seine Kinder – er selbst gehörte seit 1886 nicht mehr der Evangelischen Landeskirche an – zum Religionsunterricht zu schicken.

### „Zehn Gebote“

A. H. ging es zugleich darum, recht viele zum Kirchenaustritt zu bewegen. In den Kirchen sah er, wie er in einem Vortrag betonte, vor allem ein Mittel zur Verdummung und Knechtung der Massen, zu ihrer Bindung an das junkerlich-bourgeoise System. Zu diesem Zwecke würde die Herrschenden auch die „Zehn Gebote“ nutzen, während sie selbst keines davon einhielten. Die Arbeiter, Landarbeiter und Bauern rief er auf, deshalb gemeinsam mit der Sozialdemokratie „für bessere, vernünftige Zustände zu kämpfen“.<sup>19</sup>

Allein 1890 trat er in der Provinz Sachsen rund sechzigmal mit einem Vortrag zum Thema „Die Zehn Gebote und die besitzende Klasse“ auf. Dabei erwies er sich nicht nur als guter Bibelkenner, sondern in erster Linie als ein überzeugender Agitator der Politik der Sozialdemokratie. Indem er nachwies, dass für die herrschenden Klassen die Religion nur eines von verschiedenen Mitteln ist, um die Werkstätigen an ihr Herrschaftssystem zu binden, sie selbst auch nicht eines der zehn Gebote einhielten, riss er ihnen die Biedermannsmaske vom Gesicht.

„Nach allseitigem Drängen von Seiten meiner Genossen und Genossinnen sowie auch vieler anderer nicht zu unserer Partei gehöriger achtbarer Personen will ich hiermit dem Wunsch nachkommen,“ so schrieb er 1891, und den Vortrag „in Broschürenform herausgeben“, denn die „Zeilen sollen dazu beitragen, dem Proletariat zu zeigen, dass es selber Hand an´s Werk legen muss, wenn es besser, vernünftiger Zustände schaffen will.

Kein Himmel wird das Heil Dir senden,  
Es fällt aus keines Gottes Schoß,  
Die Menschheit muss mit eig`nen Händen  
Erkämpfen sich ein bess`res Los.“<sup>20</sup>

Da der Vortrag eine große Resonanz auslöste, gab ihn Hoffmann bald in überarbeiteter Form als Broschüre unter dem Titel „Die Zehn Gebote und die besitzende Klasse“ im Selbstverlag heraus. In der Schrift brachte er zahlreiche Beispiele dafür, wie der Glaube an Gott für alle nur möglichen Geschäfte ausgenutzt wird.

<sup>19</sup> A[dolph] Hoffmann, Die Zehn Gebote und die besitzende Klasse, Zeitz 1891, S.3.

<sup>20</sup> Ebenda.

„Mit einem `Gott schütze Dich` versehen betrügerische Goldwarenfabrikanten ihre auf Täuschung des Publikums berechneten `goldenen` Armbändern. `In Gottes Hand` wird beim sogenannten Richten jeder noch so sehr auf Betrug und durch Betrug berechnete und errichtete Schwindelbau gestellt, bei welchem vielleicht vor der Fertigstellung schon so und so viel Arbeiter und Handwerker Hab und Gut eingebüßt, um ihre Existenz betrogen wurden... Wahrlich, eine schöne Moral, herrliche Religiosität.“<sup>21</sup>

Bis 1922 erreichte die Schrift 15 Auflagen, allein im ersten Jahrzehnt mit über 100000 Exemplaren. Ab 1904 war ihr ein Geleitwort Clara Zetkins vorangestellt. So war einmal der in späterer Zeit als „A. Hoffmann Verlag Berlin O“ bekannte Verlag geboren und gleichzeitig sein Spitzname „Zehn-Gebote-Hoffmann“ kreiert.<sup>22</sup> Ursprünglich von den Herrschenden als Verteufelung gedacht, wurde der Name für viele freigeistige Arbeiter Ausdruck tiefer Verehrung.

### **Landagitation**

Aktive Agitation betrieb A. H. mit seinen Mitstreitern auch unter den Landarbeitern sowie den Klein- und Mittelbauern. Er gehörte neben August Bebel, Karl Kautsky, Joseph Herzfeld, Clara Zetkin und wenigen anderen zu den Kräften in der Sozialdemokratie, die entscheidend dazu beitrugen, dass sich der Parteitag 1893 mit der Agrarfrage und der Landagitation beschäftigte.

Die Partei stieß zu dieser Zeit mit ihren Argumenten auf immer mehr willige Ohren. Denn in den 90er Jahre verschlechterte sich die ökonomisch-soziale Lage der Bauern und Landarbeiter zusehends. Bereits im Jahre 1891 publizierte A. H. im „Volksboten“ eine Artikelserie mit dem Titel „Die Sozialdemokraten kommen“. Darin erläuterte er den Werkträgern auf dem Lande, dass ihre Zukunft nicht an der Seite der Junker, die sie bis aufs Blut aussaugen, sondern nur als Bündnispartner der Arbeiterklasse eine gesicherte Perspektive besitzt.

Anhand einer fingierten Dorfversammlung wurden in der Arbeit in einzelnen Kapiteln die Kräfte vorgestellt, mit denen es die Landarbeiter und werktätigen Bauern zu tun hatten: der Junker und seine Helfer, der Gendarm sowie der Pfarrer. Geschrieben im einfachen Erzählton wurde gegenübergestellt, welche Ziele das Junkertum hatte und welches das Ziel der Arbeiterbewegung ist.

Da die Serie wie die „Zehn Gebote“ ebenfalls eine große Resonanz hatte, erschien auch sie als Broschüre. Ihr Titel lautete: „Die Sozialdemokraten kommen. Vorsicht hütet Euch!“<sup>23</sup>

---

<sup>21</sup> Ebenda, S. 13/14.

<sup>22</sup> Vgl. Horst Groschopp, Dissidenten, Freidenkerei und Kultur in Deutschland, Berlin 1997, S. 118/119.

<sup>23</sup> Vgl. Adolph Hoffmann, Die Sozialdemokraten kommen. Vorsicht hütet Euch! Zeitz 1893.

Bis zum Juli 1893 waren bereits 100 000 Exemplare verkauft. Laufend machten sich ebenfalls Nachauflagen erforderlich. Im Laufe von 20 Jahren, also bis zum Vorabend des ersten Weltkrieges, erschienen mindestens 11 Auflagen mit mehr als 300 000 Exemplaren. Sowohl die „Zehn Gebote“ als auch die Arbeit „Die Sozialdemokraten kommen“ fanden nicht nur in der Provinz Sachsen, wie zunächst gedacht sondern im gesamten Deutschen Reich, ja sogar in Österreich und der deutschsprachigen Schweiz große Resonanz und Verbreitung.

Da die herrschenden Klassen, vor allem aber die Junker, die Wirkung fürchteten, wurde die Arbeit nach einigen Monaten konfisziert und A. H. wegen angeblichen Verstoßes gegen die Druckbestimmungen und Aufhetzung der Bevölkerung gegen den Staat, erneut angeklagt. Es drohte ihm eine Gefängnisstrafe von mehreren Jahren. Die Solidaritätsaktionen in ganz Deutschland zwangen die Justizorgane jedoch, das Verfahren einzustellen und die weitere Verbreitung der Broschüre zu gestatten.

Neben der publizistischen Tätigkeit leistete A. H. auch eine umfangreiche mündliche Agitationsarbeit. Dabei trat er vor allem auch vor den Mansfelder Berg- und Hüttenarbeitern und den Landarbeitern der beiden Mansfeldschen Kreise sowie denen des Gebiets um Merseburg auf. Eine dieser Kundgebungen, sie fand am 31. Mai 1891 in Bad Lauchstädt statt, ist sowohl in den Erinnerungen von A. H. als auch in den Akten überliefert.

Er berichtete: „Vor dem `Kronprinzen` war alles schwarz vor Menschen. Besonders Frauen, die damals noch nicht in politische Versammlungen durften, und fast alle Kinder aus Lauchstädt hatte die Neugier hergetrieben.“<sup>24</sup> Sie erwarteten die Sozialdemokraten, die sie bisher noch nie gesehen hatten. Der große Saal war gestopft voll. An jeder langen Tafel saßen, mit Knüppeln bewaffnet, Knecht und ihre Inspektoren. Es waren „etwa 200 Mann“, einige hatten „Ochsenziemer, Latten“ bei sich. Bald flogen die ersten Knüppel durch den Saal.

„Ich nahm den Knüppel“, so A. H. weiter, „der auf dem Tisch liegen geblieben war und sagte, ihn wieder runterreichend: `Den brauchen Sie ja nachher noch, wenn Sie mich verhauen wollen. Gleich würde ich nämlich dazu nicht raten, denn bis jetzt habe ich weder Unsinn geschwätzt noch gehetzt. Ich mache Ihnen also folgenden Vorschlag: *Sie lassen mich zwanzig Minuten reden und – dann verhauen Sie mich.* Dann wird jedermann sagen, die Prügel hat er für seinen Blak und sein Aufpeitschen reichlich verdient.`“

Und weiter: „Ich zog meine Uhr und legte sie vor mich hin, indem ich sagte: Alle Störungen sind meiner Redezeit gut zurechnen.` Das Zwischenbrüllen und die Tumulte hörten natürlich nicht gleich auf. Aber die Knechte wurden immer aufmerksamer und vergaßen schließlich ganz, Radau zu machen. Die Inspektoren suchten das wenigstens zum Teil zu ersetzen, kamen aber nicht mehr auf die Beine.“<sup>25</sup>

<sup>24</sup> Adolph „Hoffmann´s Erzählungen“, S. 105; vgl. auch Stadtarchiv Berlin, Nr. 12899, Bl. 63.

<sup>25</sup> Adolph „Hoffmann´s Erzählungen“, S. 107/108.

Bei seinen Ausführungen knüpfte A. H. unmittelbar an die Erfahrungen der Landarbeiter an, erzählte ihnen etwas von Arbeitsbienen und Drohnen, fragte: Wer düngt, pflügt und sät, wer die Äcker reinigt, hegt pflegt und aberntet, wer das Getreide drischt und in die Stadt fährt, aber er fragt auch danach, wer das Geld dafür erhält. Nach und nach wurde es ruhiger im Saal und die Versammlung wurde ein voller Erfolg für die Sozialdemokratie. Der Partei gelang es, Einfluss zu gewinnen und bei der Wahl 1893 wurde erstmals Stimmen für sie abgegeben.

### **Wahlkämpfer und Dichter**

Neben seinen eigenen Broschüren und dem „Volksboten“ gab A. H. in seinem Verlag auch verhältnismäßig preiswert zahlreiche agitatorisch-propagandistische Materialien der gesamten Partei heraus. Besonders auf dem Parteitag 1892 in Berlin setzte er sich dafür ein, noch mehr billige Broschüren und Zeitungen herauszugeben. Zugleich wiederholte er seinen Vorschlag vom Erfurter Parteikongress, vor allem die Agitation unter der Dorfbevölkerung zu verstärken.

Bereits dort hatte er ausgeführt: „Wissenschaftliche Broschüren können wir auf dem Lande nicht verbreiten, die sind unmöglich zu lesen. Wenn man absolut Literatur verbreiten will, dann ginge es dadurch, dass man Sachen in spannendem Erzählton schriebe und überhaupt den Feuilletons unserer Parteizeitungen etwas mehr Aufmerksamkeit schenkt.“<sup>26</sup> Damit hatte er seine eigenen Arbeiten als Vorbild im Auge. Vor allem die Reichstagsabgeordneten sollten sich mehr an der Agitation beteiligen, also herunter zur Basis kommen. Um noch besser mit der Parteipresse an die Massen der Arbeiter heranzukommen, setzte sich A. H. zugleich dafür ein, auch dem kulturpolitischen und unterhaltenden Teil mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Da die Tätigkeit eines Redakteurs jedoch immer umfangreicher wurde, konnte A. H. bald sein Geschäft nicht mehr weiter betreiben. Die Partei war zur Zahlung höherer Gehälter als 30,- Mark wöchentlich aber nicht in der Lage. So wurde es für ihn immer schwieriger, die große Familie zu unterhalten und im Einverständnis mit den Genossen schied A. H. mit Wirkung vom 1. April 1893 aus der Redaktion aus, und begann mit Vorbereitungen zur Rückkehr nach Berlin.

Wiederum als Kandidat des Wahlkreises Naumburg-Weißenfels-Zeitz zu den Reichstagswahlen am 15. Juni 1893 nominiert, beteiligte er sich noch aktiv am Wahlkampf. Dieser gestaltete sich zu einem neuen Höhepunkt des antimilitaristischen Kampfes der Partei in den Jahren 1892/93. Vor allem gegen die weitere Erhöhung der Heeresstärke war der Kampf gerichtet, gegen die Heraufsetzung des Bestandes um rund 86 000 Mann, davon über 2000 Offiziere und rund 12 000 Unteroffiziere.

Das bedeutete eine größere Anhebung als in den Jahren von 1874 bis 1890 zusammengekommen. Die entstehenden Mehrkosten von jährlich 64 Millionen Mark und einmalig nochmals 68 Millionen Mark sollten vor allem durch die Anhebung der Bier- und Branntweinsteuer aufgebracht werden. A. H. trat im 1. Wahlgang gegen drei bürgerliche Kandidaten an. Er erhielt 12 000 Stimmen und wurde damit zweitstärkster Kandidat. In der Stichwahl unterlag er dem bürgerlichen Gegenkandidaten.<sup>27</sup>

<sup>26</sup> Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Erfurt vom 14. bis 20. Oktober 1891, Berlin 1891, S. 139.

<sup>27</sup> Vgl. Dieter Fricke, Handbuch, S. 531.

Nach der Wahl kehrte A. H. in seine Heimatstadt Berlin zurück. Zunächst lies er sich in Pankow, damals offiziell noch Berliner Vorort, nieder, Seit Anfang 1895 wohnte er dann wieder in der Nähe des Alexanderplatzes und eröffnete in dessen Nähe in der Blumenstraße 22, später in der Koppenstraße 6, eine Verlagsbuchhandlung. Sie sicherte ihm die materielle Existenz und war zugleich ein wichtiges Feld seiner politischen Betätigung.

Seinem Verlag, in dem über zweihundert Titel erschienen, schloss er einen Versandbuchhandel an, über den neben freidenkerischer und politischer Literatur auch kleine Volksstücke wie Couplets, Parodien, Bilderbücher, Anekdoten, Witze und Musikalien vertrieben wurden. Unter den kleinen Theaterstücken befanden sich immer mehr auch solche, die A. H. selbst verfasst hatte. Fünfzehn sind uns übermittelt, die meisten heute aber nicht mehr zu ermitteln. Gedacht waren sie vor allen Dingen für das Arbeiterlaienspiel.

Sie erscheinen vielfach unter dem Pseudonym F(ranz) A(dolph) Volkmann. Ihre erste Aufgabe war es zu unterhalten, denn sie waren im „Schlagerstil“ geschrieben, wie Clara Zetkin urteilte.<sup>28</sup> Aber da sie unmittelbar aus dem Leben gegriffen waren, unterstützten sie freireligiöse und freidenkerische Sozialdemokraten, in erster Linie die in der Berliner Freireligiösen Gemeinde, deren Zweiter (ab 1893) und dann ab 1913 Erster Vorsitzender Adolph Hoffmann wurde.<sup>29</sup> Gemeinsam mit den Jugendlehrern Fritz Kunert, Ewald Vogtherr, Bruno Wille und Ida Altmann organisierte A. H. in der Gemeinde auch die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

Mit der Rückkehr nach Berlin begann eine neue Etappe des politischen Wirkens für A. H. In Halle und Zeitz war er zu einer bekannten Persönlichkeit der deutschen Arbeiterbewegung herangewachsen. Fast ein Jahrzehnt hatte er geholfen, die sozialdemokratische Bewegung im Industrieviertel Halle-Merseburg voranzubringen. Nunmehr galt es für ihn, gestützt vor allem auf die bisherigen Erfahrungen, schnell wieder Anschluss an die Berliner Arbeiterbewegung zu finden.

### **Frauenwahlrecht, Getreidezölle, Revisionismusstreit**

Schwergewicht seiner politischen Tätigkeit bildete zunächst die Arbeit unter Frauen und Mädchen. Noch in Zeitz war die 1. Auflage der Broschüre „Ein Warnungsruf! An die Frauen und Mädchen aller Stände“ erschienen. In dieser, seiner dritten, Schrift, die in fünf Auflagen 40 000 Exemplare erreichte, wandte er sich an alle Frauen, vor allem aber an diejenigen der Arbeiter und forderte sie auf, sich allein schon im Interesse ihrer Kinder in den politischen Kampf einzureihen und an der Seite der Männer, vor allem denen aus der Sozialdemokratie, auch für die Gleichberechtigung zu kämpfen.

<sup>28</sup> Vgl. Horst Groschopp, Dissidenten, S.118.

<sup>29</sup> Vgl. Geschichte der Freireligiösen Gemeinde Berlin 1845 – 1945. Hrsg. Freigeistige Gemeinschaft (Freireligiöse Gemeinde) Berlin e.V., Dortmund 1981, S. 46-57.

„Wollt ihr euren Kindern eine Zukunft schaffen, in der sie als Menschen leben können“, so schrieb er, „dann ist es eure erste und heiligste Pflicht, dem Manne nicht hindernd in den Weg zu treten, sondern an seiner Seite für eine sonnige Zukunft anstelle der trüben Gegenwart ... zu kämpfen, um damit das ganze Volk zu befreien.“ Dabei sollten die Frauen ihr Talent als „geborene Rednerinnen ... in ihren Bekanntheitskreisen benutzen, um dem kämpfenden Proletariat, der Sozialdemokratie, der *einzigsten Partei, welche den Frauen gleiche Rechte zuerkennt*, neue Kämpfer, neue Anhänger zuzuführen“<sup>30</sup>.

Zugleich setzte er sich dafür ein, die Frau dem Mann auch in der Familie gleichzustellen. Dazu sollten entsprechende Voraussetzungen durch die Gesellschaft geschaffen werden. Es ging ihm auch darum, die in gewisser Weise, vor allem durch die ganze Erziehung, vorhandene Gleichgültigkeit der Frauen zu beseitigen. Dabei wies er auf die Gefahren hin, die sich beim Nichtabbau der Probleme dadurch für die Ehe und Familie ergeben könnten.

Den unter der Losung „Gegen Getreidezölle – für billiges Brot“ geführten Kampf der Partei für die Beseitigung der indirekten Steuern und die in erster Linie von den Jungkern gestartete Kampagne für das Beibehalten der hohen Getreidezölle unterstützte er auf seine Weise dadurch, dass er speziell für Laienspielgruppen des Volksstück „Die Zollvorlage“ schrieb, welches 1893 unter dem Pseudonym J. A. H. Volkmann erschien. Es trug den Untertitel „Wahlkomödie in zwei Akten“ und wandte sich an die Bauern, Arbeiter und andere Werktätige.

1897 erstmals als einer der Vertreter der Berliner Sozialdemokraten wieder zu einem Parteitag delegiert, trat er besonders gegen Max Schippel auf, der seine Bereitschaft bekundet hatte, dem preußisch-deutschen Militarismus finanzielle Mittel zu bewilligen und damit den von der Sozialdemokratie proklamierten Standpunkt „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ zu verlassen. Zugleich wiederholte A. H. seinen schon früher gemachten, aber immer noch nicht durchgesetzten Vorschlag nach massenwirksamer Literatur.

Er wandte sich auch dagegen, dass einzig und allein Richard Fischer, Leiter der Parteibuchhandlung „Vorwärts“, entschied, was gute, also Massensliteratur war.

Während des Parteitages 1899 in Hannover, auf dem die 1898 in Stuttgart begonnene prinzipielle Auseinandersetzung mit dem Revisionismus fortgesetzt wurde, brachte A. H. gemeinsam mit Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Georg Ledebour einen Antrag ein, in dem vor vagen Kompromissen mit bürgerliche Parteien bei Landtagswahlen gewarnt wurde. Auch im folgenden Jahrzehnt gehörte A. H. stets zu den Kräften in der Partei, die den Opportunismus ablehnten.

Auf dem Parteitag 1903 beispielsweise, setzte er sich mit aller Entschiedenheit dafür ein, dass alle Parteimitglieder jederzeit und überall die Parteimeinung zu vertreten haben. Zugleich forderte er, dass nur Mitglieder in Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft und anderswo Vertrauensstellungen übertragen werden, die dem gerecht werden.

---

<sup>30</sup> Adolph Hoffmann, Ein Warnungsruf! An die Frauen und Mädchen aller Stände, Zeitz 1893, S. 4/5.



Als Vertreter der Sozialdemokratie in parlamentarischen Körperschaften sollten in erster Linie Arbeiter nominiert werden, denn sie würden am besten die Auffassungen der Arbeiter kennen und böten so die Gewähr, dass die Arbeiterinteressen am konsequentesten vertreten würden.<sup>31</sup>

Seit Januar 1900 gehörte A. H. als einer der 22 Vertreter der Sozialdemokratie der Berliner Stadtverordnetenversammlung an. Dazu musste er jedoch verschiedene durch das Wahlgesetz für Preußen vorgeschriebene Hürden nehmen. Hierzu gehörte u. a. auch der Nachweis von Land- oder Hausbesitz. Da A. H. beides nicht besaß, überschrieb ihm ein Bekannter einen zweihundertsten Anteil seines eigenen Besitzes. Später wurde dies durch Gesetz unmöglich gemacht, um weniger Sozialdemokraten in Kommunalparlamente gelangen zu lassen.

Der „Besitz“ befand sich in Vogelsdorf an der Ostbahn (heute Gemeinde Fredersdorf-Vogelsdorf, Kreis Märkisch-Oderland), einem schönen Vorort unweit Berlins. In späteren Jahren erwarb A. H. das ganze Grundstück und baute sich hier ein kleines Häuschen inmitten eines Mischwaldes. An den Wochenenden verbrachte er im Kreise der Familie und vieler Freunde und Genossen dort seine Freizeit. In seinem Testament verfügte A. H., dass das Haus und das Waldgrundstück an Kinder- und Jugendeinrichtungen übergehen sollten.

Als Stadtverordneter war A. H. Mitglied der Deputationen (Kommissionen) für Steuern, Buch-, Schreib- und Drucksachen sowie speziell für städtische Betriebe und Einrichtungen. In letzterer Funktion wirkte er vor allem im Arbeitshaus in Rummelsburg und dem Städtischen Obdach, der „Palme“, in der Fröbelstraße (heute Teil des Krankenhauses Berlin-Prenzlauer Berg) sowie im Städtischen Vieh- und Schlachthof. Jede Gelegenheit nutzte er, um die Arbeits- und Lebensbedingungen gerade der Viehhofarbeiter verbessern zu helfen. Er erreichte, dass die Anlagen modernisiert und die hygienischen Bedingungen verbessert wurden.

Besonders im Obdachlosenasyll, der einzigen Bleibe für Hunderte Menschen, herrschten skandalöse Zustände. A. H. nahm gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Richard Augustin jede Möglichkeit wahr, um unmittelbare Änderungen zu erreichen. Mehrmals geißelte er öffentlich die erbärmliche Lage in der „Palme“, so auch während der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 1904. Und er schloss seine Rede mit dem Hinweis, dass den Insassen des Asyls alles verboten wäre, und es „fehlte nur noch wie bei Gorkis Nachtasyl, Zapfenstreich zu sehen, wird auch verboten“<sup>32</sup>. Das hieße nämlich, dass jeder Insasse vor Sonnenuntergang im Asyl anwesend sein musste.

---

<sup>31</sup> Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Hannover vom 9. bis 14. Oktober 1899, Berlin 1899, S. 290/291 und Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Abgehalten zu Dresden vom 13. bis 20. September 1903, Berlin 1903, S. 183/184.

<sup>32</sup> Stadtarchiv Berlin, Nr. 7328, Bl. 4.

## Nachtasyl

Zugleich wandten sich beide mit dem Artikel „Notschrei des Massenelends“ im „Vorwärts“ an die Öffentlichkeit: „Die scheußlichen Szenen menschlicher Verkommenheit, die uns Gorki in seinem ‚Nachtasyl‘ vor Augen führt, sind nichts gegen die Dinge, die sich seit Monaten jeden Abend in einer Städtischen Anstalt abspielen. Selbst die Feder eines Zola wäre kaum imstande, diese jeder Beschreibung spottenden Zustände zu schildern. Wiederholt wurden in letzter Zeit wieder Klagen wegen Überfüllung des nächtlichen Obdachs dem mitunterzeichneten Genossen Stadtverordneten Hoffmann zugeschickt. Am Freitag früh erschien bei ihm ein alter weißhaariger Mann, an Jahren und Gebrechlichkeit so reich, dass er seit einem Jahrzehnt verdiente, in ein Hospital aufgenommen zu werden.“<sup>33</sup>

Nach der Aufhellung der skandalösen Zustände wurde beiden Abgeordneten vom zuständigen Stadtrat die weitere selbstständige Recherche untersagt. Von nun an sollten sie nur noch wirken dürfen, wenn neben ihnen als „Revisor ein anderes Deputationsmitglied fungierte“<sup>34</sup>, also ein Vertreter der herrschenden Klassen. Dabei handelte der Stadtrat, wie nicht anders zu erwarten, im direkten Auftrag des preußischen Innenministers.

Dieser schrieb an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg: „Es scheint mir durchaus notwendig, dem terroristischen Vorgehen der Herren Sozi in der Stadtverordnetenversammlung beizeiten ... einen kräftigen Dämpfer aufzusetzen.“<sup>35</sup> Von den bürgerlichen Liberalen bis zu den Konservativen unterstützten selbstverständlich alle das undemokratische Vorgehen gegen die Sozialdemokraten, denn sie fühlten, dass hier entscheidende kapitalistische Grundübel bloßgestellt wurden. Einige forderten gar, dass künftighin „Sozialdemokraten überhaupt nicht mehr in Verwaltungsdeputationen“ mitarbeiten sollten, wie es z. B. die „Freisinnige Zeitung“ vom 25 März 1904 ausdrückte.<sup>36</sup>

Gegen die Behinderung legten Augustin und A. H. Aufsichtsbeschwerde ein, die jedoch am 25. November 1904 vom Ersten Senat des Königlich Preußischen Obergerichtes in letzter Instanz abgewiesen wurde. Ihrem Prozessbevollmächtigten, Karl Liebknecht, wurde das von „Rechts wegen“ erkannte folgende Urteil übermittelt: Da mit der Behinderung „eine Strafe nicht festgesetzt worden ist“, wird die Klage zurückgewiesen. „Die Kosten werden, unter Festsetzung des Wertes des Streitgegenstandes, auf 500,- M den Klägern zu Last gelegt.“<sup>37</sup>

Unter dem Druck, vor allem der Arbeiter Berlins, sah sich der Magistrat jedoch zu einer gewissen „Verbesserung“ der Lage der Obdachlosen in der „Palme“ gezwungen. So stand seitdem für jeden eine Pritsche als Lagerstätte zur Verfügung. Dem Aufsichtspersonal wurde es untersagt, die Insassen mit Schlagstöcken oder anderweitig körperlich zu züchtigen.

<sup>33</sup> Vorwärts (Berlin) vom 7. Februar 1904.

<sup>34</sup> Stadtarchiv Berlin, Nr. 7327, Bl. 8.

<sup>35</sup> Zentrales Staatsarchiv der DDR, Hist. Abt.II, Merseburg, Ministerium des Innern, Rep. 77, Tit. 240 C, Nr. 11, Bl. 71.

<sup>36</sup> Ebenda.

<sup>37</sup> Stadtarchiv Berlin, Nr. 7327, Bl. 16 und 14.

Jeder erhielt früh ein warmes Getränk und des Abends eine Suppe. Ab 1905 mussten A. H. und Augustin nach und nach wieder selbständige Revisionen gestattet werden.

In seiner Tätigkeit als Berliner Stadtverordneter bis 1920 erwarb sich A. H. als Mitglied der Deputation für Grundstücks- und Siedlungs- sowie Wohnungswesen, Verkehrsbetriebe, Schulen und Ernährungswirtschaft zahlreiche weitere Verdienste zum Wohle der Berliner Arbeiter.

## Im Reichstag

1903 war der langjährige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises Reichenbach-Auerbach, Franz Hofmann, verstorben. Daher wandten sich die Genossen des Kreises an den Parteivorstand mit der Bitte, ihnen einen ebenso populären Ersatzmann zu benennen. Da man dies von A. H. durchaus sagen konnte, und er außerdem einen gleichlautenden Zunamen trug, wurde er als Kandidat nominiert und auch gewählt. Von 1904 bis 1906 war neben Berlin das vogtländische Textilindustriegebiet sein weiterer politischer Wirkungsbereich.

Aus dem Reichstag 1904 ist überliefert: Als Reichskanzler Bülow gegen die Sozialdemokraten wettete, erhob sich bei denen natürlich Protest. Bülow wollte das damit unterdrücken, dass er gereizt in den Saal rief: „Das merken Sie sich mal, das große Mundwerk macht es nicht!“ Prompt erhielt er von Hoffmann die Quittung: „Sagen Sie doch das Ihrem Prinzipal, dem Kaiser. Der schwadroniert sehr viel!“<sup>38</sup> Und 1908 im Landtag – Hoffmann sprach in seiner Jungfernrede zum Reizthema „Los von der Kirche!“ – verwechselte er des öfteren „mir“ und „mich“. Die Konservativen wollten ihm natürlich ein`s draufsetzen und hänselten ihn. Aber Hoffmann konterte und rief in den Saal: „Ich, meine Herren, verwechsle zwar manchmal mir und mich, Sie aber immer, Mein` und ‚Dein`.“ Betretenes Schweigen im Saal, dann schließlich drei Ordnungsrufe und Wortentzug.<sup>39</sup>

Sowohl in Artikeln, u. a. auch in dem theoretischen Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands „Die Neue Zeit“, als auch in der praktischen Arbeit an der Basis trat A. H. beharrlich für die Politik des Antimilitarismus und Antikolonialismus ein. Vor allen Dingen orientierte er die Partei darauf, an den Massen zu bleiben. Es gehe auch um diejenigen, die bisher noch „unseren Organisationen und Zeitungen fernbleiben“<sup>40</sup>.

Max Seydewitz berichtet in seinen Erinnerungen über A. H.`s Reichstagswahlkreis folgende Episode, die so recht die Situation verdeutlichte: „Hoffmann war ein guter Redner, und er vertrat in den Wählerversammlungen den Standpunkt der Partei gewiss nicht schlechter als sein verstorbener Namensvetter – aber wenn er eine halbe Stunde geredet hatte (länger sprach Franz Hofmann nie) riefen die Wähler: `Hoffmann singe!` Doch A. H. konnte nicht singen (im Gegensatz zu seinem Vorgänger, der ein guter Bariton war – G. B.) und die Folge nicht zuletzt davon war, dass der sozialdemokratische Kandidat durchfiel und der Nationalliberale Merkel gewählt wur-

<sup>38</sup> Vgl. Dieter Fricke, Der Zehn-Gebote-Hoffmann, in: Weltbühne (Berlin), Jg. 1986, S. 1547-1549.

<sup>39</sup> Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 21. Legislaturperiode, II. Session 1908/09, 1. Bd., Berlin 1909, S.361-371.

<sup>40</sup> Die Neue Zeit (Stuttgart), Jg. 1907, Bd. 1, S. 641.

de.“<sup>41</sup> Sein 1904 errungenes Reichstagsmandat verlor A. H. Anfang 1907 bei vorgezogenen Neuwahlen, die in einer aufgeheizten Atmosphäre der Hetze gegen die Sozialdemokratie und des Nationalismus stattfanden.

Im Juni 1908 gehörte er, nachdem es der Sozialdemokratie trotz des Dreiklassenwahlrechts, das die Wähler je nach Steuerabgabe in einer der drei Klassen einordnete, gelungen war, Abgeordnetenmandate zu erringen, neben Karl Liebknecht, Paul Hoffmann (Gastwirt aus Hamburg), Heinrich Ströbel (Redakteur des „Vorwärts“) u. a. zu einem der sieben Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus (Landtag) Preußens, den „sieben roten Hechten im Karpfenteich“, wie sie sich nannten.

A. H. arbeitete als Vertreter seiner Fraktion in der Unterrichtskommission mit. Entscheidenden Anteil hatte er so an der Entwicklung einer eigenen sozialdemokratischen Schulpolitik. Vor allem wandte er sich immer wieder gegen die Unterordnung des Schulwesens unter die Kirche. Konsequenter trat er dafür ein, jedermann die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft zu vermitteln und den Beruf des Lehrers zu fördern. Wiederholt betonte er die Notwendigkeit, eine Einheitsschule aufzubauen, die allen Kindern offen steht, unabhängig von ihrer sozialen, politischen und religiösen Herkunft und der finanziellen Lage der Eltern.

### **Freidenker und Linker**

1881 hatte A. H. mit Georg Büchner, Wilhelm Bölsche, Albert Dulk, Carl Voigt, August Specht, Georg Welker zu den Mitbegründern des Deutschen Freidenkerbundes in Frankfurt/Main gehört. Aktiv war A. H. von 1906 bis 1914 in der Kirchaustrittsbewegung tätig. Davon zeugte seine Broschüre „Los von der Kirche“ mitsamt von Austrittsformularen aus dem Jahre 1908.<sup>42</sup>

Er arbeitete ebenfalls im 1910 gegründeten „Komitee Konfessionslos“ an der Seite von Ernst Haeckel, Wilhelm Ostwald, Karl Liebknecht, Ewald Vogtherr und Georg Zepler mit.<sup>43</sup> Mit Walter Oehme und anderen organisierte er im Rahmen der Kirchaustrittsbewegung zum Beispiel am 28. Oktober 1912 in Berlin und anderen Großstädten einen „Massenstreik gegen die Staatskirche“, womit auf das starke Nachlassen des Kirchganges überall im Lande hinweisen werden sollte.<sup>44</sup> 1913 nahm A. H. am Internationalen Freidenkerkongress in Lissabon teil.

Entschieden wandte sich A. H. auch gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht. Als Mitunterzeichner eines gemeinsamen Aufrufs des Parteivorstands, der preußischen Landeskommission der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses vom 10. Februar 1910 sprach er in verschiedenen Veranstaltungen innerhalb und außerhalb des Parlaments.

---

<sup>41</sup> Max Seydewitz, Es hat sich gelohnt zu leben. Erinnerungen eines alten Arbeiterfunktionärs, Berlin 1976, S. 48.

<sup>42</sup> Vgl. Adolph Hoffmann, Los von der Kirche! Berlin 1908.

<sup>43</sup> Vgl. Horst Groschopp, Dissidenten, S. 187-192.

<sup>44</sup> Vgl. Ebenda und Jochen-Christoph Kaiser, Arbeiterbewegung und organisierte Religionskritik. Proletarische Freidenkerverbände im Kaiserreich und Weimarer Republik, Stuttgart 1981, S.30 – 53 und S. 352.

Vor allem ging es ihm dabei um die Demokratisierung des Lebens, um die Abschaffung auch der Monarchie. Denn mehr Demokratie bedeutete die Verbesserung auch der Kampfbedingungen für die Sozialdemokratie. Im Dreiklassenwahlrecht sah A. H. eine Entmündigung der Bürger. Energisch trat er auf gegen das System der herrschenden Klassen: „Steuern zahlen, Maulhalten!“ Stattdessen forderte er, dass alle „Staatsdiener durch das Volk“ gewählt werden sollen und die Monarchie beseitigt wird.<sup>45</sup>

Vom 28. August bis 3. September 1910 tagte in Kopenhagen ein weiterer Internationaler Sozialistenkongress. An ihm nahmen 896 Delegierte aus 23 Ländern teil. A. H. war einer der 14 Abgesandten der Berliner Sozialdemokratie.

Der Kongress bestätigte den schon früher von der II. Internationale, vor allem auf dem Kongress in Stuttgart 1907, gefassten Beschluss: die vom Imperialismus vor allem durch seine Kolonialpolitik ausgehende unmittelbare Kriegsgefahr noch entschiedener zu bekämpfen. Getreu dieser Festlegung forderte A. H., dass vor allem auch die „indifferenten Wähler“ über den „Kriegs- und Kolonialrummel“ des deutschen Kaiserreiches aufgeklärt werden sollten.<sup>46</sup>

Auf dem Parteitag 1911 in Jena unterstützte er Rosa Luxemburg, Clara Zetkin u. a., die vom Parteivorstand entschiedenere Maßnahmen gegen Kriegshetze und Wettüben gefordert, alle Formen von Kolonialismus und Unterdrückung fremder Völker verurteilt und die Organisation entschiedener Massenaktionen verlangt hatten. In dem Antrag hieß es: Wir protestieren gegen jeden Krieg, der „zur Unterjochung ... der Völker durch die kapitalistischen Staaten führt ... gerade das Wettüben zu Wasser und zu Lande, das unter dem Vorwand der Sicherung des Friedens betrieben, in Wirklichkeit selbst früher oder später zum Ausbruch eines Weltkrieges führt“, ist abzulehnen.<sup>47</sup>

Nachdem am 30. Juni 1913 die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem Wehrbeitrag zur Finanzierung der höchsten Erhöhung der Rüstungskosten seit 1871 zugestimmt hatte, trat A.H. - zuvor hatte er sich über konkret einzuleitende Schritte mit Rosa Luxemburg beraten – in verschiedenen deutschen Städten, vor allem dem Rhein- und Ruhrgebiet gegen den Rüstungswahnsinn und einen drohenden Weltkrieg auf. Immer wieder appellierte er an die Frauen, „ihren Söhnen die Abneigung des Militarismus mit der Muttermilch einzuflößen“, denn der Krieg wäre ein „Hohn auf Gott, auf das Christentum und auf alle menschliche Kultur“<sup>48</sup>.

Vor dem ersten Weltkrieg war A. H. Delegierter fast aller sozialdemokratischen Parteitage und er nahm nach dem Gründungskongress der II. Internationale 1889 in Paris an den Internationalen Sozialistenkongressen in Stuttgart 1907, in Kopenhagen 1910 und in Basel 1912 teil.

<sup>45</sup> Adolph Hoffmann, Paul Hirsch, Die Erhöhung der Zivilliste. Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten A. Hoffmann und P. Hirsch im preußischen Abgeordnetenhaus vom 7. und 9. Juni 1910, Berlin o. J. [1910], S. 3 und 5.

<sup>46</sup> Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Jena vom 10. bis 16. September 1911, Berlin 1911, S. 243.

<sup>47</sup> Ebenda, S. 162/163.

<sup>48</sup> Zentrales Staatsarchiv der DDR, Hist. Abt. II, Merseburg, CBP; Nr. 381, A. Hoffmann, Bl. 36/37.

## Kriegsgegner

Als am 4. August 1914 die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Kriegskrediten zustimmte, distanzierte sich Adolph Hoffmann von deren Politik. Am 22. Oktober 1914 gehörte er neben Karl Liebknecht zu den sozialdemokratischen Abgeordneten, die vor der Schlussrede des Präsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses den Saal verließen. Damit regte sich im Kriege erstmals nach außen sichtbar eine parlamentarische Opposition.

Jedoch sah Hoffmann damals noch nicht, dass aktiver Antikriegskampf bedeutete, sich nicht nur von der Burgfriedenspolitik zu distanzieren, sondern sich auch organisatorisch von ihren Anhängern zu trennen. Er wollte die Vertreter der Burgfriedenspolitik in der Sozialdemokratie vielmehr nach und nach isolieren und dann mit der gesamten Partei aktiv werden, also zunächst „weniger nach außen ... als im Innern der Organisation“<sup>49</sup> arbeiten.

Das Vorgehen der sich um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg scharenden Kräfte in der Partei lehnte er in Konsequenz dieser Haltung ab, denn darin sah er eine „Schwächung der Opposition“. Seine Position war widersprüchlich. A. H. näherte sich den Auffassungen Georg Ledebours<sup>50</sup> und bildete mit diesem eine Gruppierung. Auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Zimmerwald 1915, an der er teilnahm, gehörte A. H. zu den Initiatoren einer Erklärung, die zu Verständigung der deutschen und der französischen Arbeiter aufrief.<sup>51</sup>

Im Laufe des Jahres 1916 näherte er sich unter dem Druck der Ereignisse und nicht zuletzt auch unter dem Einfluss von Karl Liebknecht, mit dem ihn eine über Jahre in gemeinsamer Arbeit gewachsene Freundschaft verband, die auch jetzt hielt, immer mehr den Ansichten der Spartakusgruppe. Am 16. März 1916 solidarisierte er sich öffentlich als einziger Abgeordneter des preußischen Landtages mit Karl Liebknecht, der in seiner Parlamentsrede zum Kampf gegen den Feind im eigenen Land aufgerufen hatte.

Seit Juni 1916, nach dem Ausscheiden der Burgfriedenspolitiker aus der Leitung des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend, war A. H. deren Vorsitzender. Er war maßgeblich daran beteiligt, dass sich viele Arbeiter im Juni und August an den Aktionen der Spartakusgruppe zur Befreiung Karl Liebknechts aus der Haft beteiligten. Die von ihm auf der Kienthaler Konferenz 1916 mit angenommene Antikriegsresolution war die politische Grundlage seiner Arbeit. Intensiv bemühte er sich um die Herausgabe einer legalen Tageszeitung der Opposition.

<sup>49</sup> Zit. nach: Arnold Reisberg, Lenins Beziehungen zur deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1970, S. 218.

<sup>50</sup> Vgl. Elke Keller: Ein alter sozialistischer Haudegen. Georg Ledebour. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Berlin), Nr. 4/1984, S. 512-521 und Ursula Ratz, Georg Ledebour. 1850-1947. Weg und Wirken eines sozialistischen Politikers. Mit einer Einführung von Paul Kluge, Berlin 1969, S. 151-169.

<sup>51</sup> Vgl. Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II: 1914-1945, Bd. 1, Juli 1914-Oktober 1917, Berlin 1958, S. 220-222 und 226-229.

Da dies von den Behörden aber verhindert wurde, nutzte er das in seinem Verlag legal erscheinende „Mitteilungs-Blatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend“ und profilierte es zu einem Presseorgan. Ernst Däumig übernahm die Chefredaktion.

Im April 1917 gründeten oppositionellen Sozialdemokraten die USPD und A. H. gehörte zum linken Flügel. An führender Stelle beteiligte er sich an den in Auswirkung der russischen Februarrevolution 1917 zustande gekommenen Aprilstreiks, der bis dahin umfangreichsten Antikriegsaktion in Deutschland. Fast täglich war er auf Versammlungen und Kundgebungen.

Maßgeblich war er an der Konstituierung von Arbeiterräten in der Berliner Knorrbremse und den Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken beteiligt. Er forderte die Arbeiter auf, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, „bevor nicht die Regierung zum sofortigen Friedensschluss bereit ist“. Vor allem rief er dazu auf, sich die russischen Klassenbrüder zum Vorbild zu nehmen, „denn sie seien weiter fortgeschritten als die deutschen“<sup>52</sup>. Im Mai wurde er wegen Landesverrat angeklagt, musste zwar „mangels an Beweisen“ frei gesprochen werden; er wurde jedoch unter Polizeiaufsicht gestellt.<sup>53</sup>

## Revolutionär

Von Anfang an begrüßte A. H. die Oktoberrevolution in Russland. Wenige Tage nach dem Sieg der russischen Arbeiter und Bauern organisierte er Kundgebungen und Friedensdemonstrationen. Dabei war Grundlage für ihn der Aufruf des ZK der USPD vom 12. November „An das sozialistische Proletariat Deutschlands!“ Vor allen Dingen trat A. H. gemeinsam mit anderen Funktionären der USPD dafür ein, das Angebot der Sowjetregierung, das in dem von W. I. Lenin erarbeiteten Dekret über den Frieden niedergelegt war, sofort anzunehmen.

Gemeinsam mit Georg Ledebour, seinem langjährigen Freund Robert Wengels und anderen organisierte er für den 25. November, den Totensonntag, eine Friedensdemonstration. Trotz Polizeiverbots und regnerischen Wetters beteiligten sich daran einige Tausend Menschen, die auch Hochrufe auf Karl Liebknecht ausbrachten und dessen sofortige Freilassung forderten. 13 Arbeiter wurden verhaftet und zahlreiche andere durch Säbelhiebe der brutal vorgehenden Polizei verletzt. Auch auf Frauen und Kinder nahmen die Polizeibüttel keine Rücksicht. Bereits am 18. November hatte A. H. zusammen mit Ledebour zehn Versammlungen in Berlin organisiert. Anschließend sich formierende Demonstrationssäuge löste die Polizei auf.

Am 2. Dezember 1917 veröffentlichte das von A. H. herausgegebene „Mitteilungs-Blatt“ unter der Rubrik „Für unsere Jugend“ den Artikel „Verwirklichung des Sozialismus“. In ihm hieß es: Das Endziel der Arbeiterbewegung besteht darin, „das Privateigentum an Privatmitteln (Bergwerke, Fabriken, Verkehrsmittel usw.) zum Eigentum der Allgemeinheit zu machen und durch eine gerechte, durch demokratische Einrichtungen kontrollierte Verteilung des Ertrags der Arbeit“ zu ersetzen.

<sup>52</sup> Zentrales Staatsarchiv der DDR, Hist. Abt. I, Potsdam, Oberreichsanwalt beim Reichsgericht, J 323/17, Bd. 2, Bl. 17.

<sup>53</sup> Vgl. ebenda, Bd. 1, Bl. 15.

Allen Mitgliedern der Gesellschaft ist „ein auskömmliches und befriedigendes Dasein zu ermöglichen. Worunter natürlich nicht nur Essen, Trinken, Kleidung usw. zu verstehen ist, sondern auch die geistige und kulturelle Förderung des Einzelnen wie der Gesamtheit. Verwirklicht werden kann dieses Ziel nach der Lehre des marxistischen wissenschaftlichen Sozialismus aber nur dadurch, dass die Arbeiterklasse die politische Macht in den einzelnen Staaten erkämpft“.

Und weiter: „Einen großartigen und heldenhaften Versuch zur tatsächlichen Verwirklichung des Sozialismus, so wie wir ihn verstehen, machen zur Zeit die zur politischen Macht gelangten *russischen Sozialisten*.“<sup>54</sup> Dabei wurden sich A. H. und andere auch immer klarer darüber, dass es zum Sieg der Arbeiterklasse einer massenverbundenen und kämpferischen Partei bedurfte. A. H. sah diese jedoch noch für lange Zeit einzig und allein in der USPD, so wie er es Anfang Januar 1918 ausdrückte in den Worten: Die USPD ist in etwa dasselbe, „was die Bolschewiki in Russland sind“<sup>55</sup>.

Auch während des Januarstreiks der Rüstungsarbeiter 1918 betätigte sich A. H. wieder an exponierter Stelle in Berlin, wo an die 500 000 Arbeiter streikten. Von Berlin aus dehnte sich die Streikwelle über Deutschland aus und erfasste viele Städte. Neben der erneuten Forderung nach sofortigem Frieden stand das Verlangen nach ausreichenden Lebensmitteln, Beseitigung des Belagerungszustandes, Demokratisierung des Lebens, Freiheit für die politischen Gefangenen und Einführung eines demokratischen Wahlrechts. A. H. gehörte zu den Abgeordneten der USPD, die bereit waren, einen Aufruf zum Streik zu unterschreiben. Die rechte Mehrheit lehnte dies jedoch ab.

Im Oktober 1918 erschien im „Mitteilungs-Blatt“ der von Clara Zetkin in der „Leipziger Volkszeitung“ publizierte Artikel „Durch Diktatur zur Demokratie“ nach, worin sie sich mit den Angriffen Kautskys auf die Oktoberrevolution und die Bolschewiki auseinandersetzte.

Im Oktober 1918 spitzte sich die Lage in Deutschland weiter zu. Eine revolutionäre Krise reifte heran. Mit der Ernennung des Prinzen Max von Baden zum Reichskanzler am 3. Oktober versuchten die herrschenden Klassen durch gewisse Zugeständnisse den Ausbruch der Revolution zu verhindern. Dazu gehörte die Aufnahme rechter Sozialdemokraten in die Regierung und der Übergang zur parlamentarischen Monarchie.

Auch die Amnestierung Karl Liebnechts am 23. Oktober aus dem Zuchthaus Luckau ist hier einzureihen. Schon bei seiner Ankunft auf dem Berliner Anhalter Bahnhof von Tausenden begrüßt, erfolgte am Abend das offizielle Willkommen in Berlin. A. H. sprach es im Namen der Berliner Arbeiter in den Sophiensälen im alten Handwerkervereinshaus. In seiner, immer wieder von Beifall unterbrochenen, Rede, der am Ausgang mit gezogenem Säbel bereitstehenden Polizei trotzend, solidarisierte er sich nochmals mit Karl Liebnechts Verhalten in den vergangenen Jahren, vor allem auch im Zuchthaus. Zugleich wandte er sich gegen die von der rechten Führern der SPD betriebene Koalitionspolitik, die Konsequenz ihrer bisherigen Burgfriedenspolitik.

<sup>54</sup> Mitteilungs-Blatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend, Berlin, 1917, 36, Beilage, S. 1.

<sup>55</sup> Zentrales Staatsarchiv der DDR, Hist. Abt. II, Merseburg, CBS, Nr. 482, adhib II, Blatt 240.



Als mit dem Kieler Matrosenaufstand am 3. November 1918 die Novemberrevolution begann, setzte A. H. wie auch andere Funktionäre alles daran, auch in Berlin den Aufstand zu beginnen. Am ersten Jahrestag des Sieges der russischen Arbeiter und Bauern forderte er dazu auf, endlich nach ihrem Vorbild tätig zu werden. Am 9. November wurde unter seiner Leitung dann das Rathaus besetzt, einen Tag später das preußische Abgeordnetenhaus.

In beiden Fällen ließ es das Personal jedoch im Amt, nachdem es sich bereit erklärt hatte, nunmehr nur noch den Anordnungen des Vollzugsrates der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte zu folgen. Selbst der Oberbürgermeister durfte weiter residieren. Er selbst glaubte, dass die Revolution schon gesiegt habe. So richtete er einen „Freiheits- und Friedensgruß“ an die Sowjetregierung und forderte sie auf, das wenige Tage zuvor von der kaiserlichen Regierung ausgewiesene Botschaftspersonal zurückzuschicken.<sup>56</sup>

### **Kultusminister**

Am 12. November schließlich übernahm A. H. auf Drängen des Vollzugsrates des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates gemeinsam mit dem rechten Sozialdemokraten Konrad Haenisch die Leitung des Preußischen Kultusministeriums, des späteren Ministeriums für Wissenschaft, Kultur und Bildung. Zugleich war er damit Mitglied des engeren Kabinetts.

Innerhalb weniger Wochen setzte er gegen den erbitterten Widerstand von separatistischen Kräften im Rheinland, in Schlesien und der Evangelischen und Katholischen Kirche, aber auch gegen SPD- und USPD-Führer, die Abschaffung der geistlichen Schulaufsicht und die Trennung von Schule und Kirche durch. Zudem sorgte er für die Erleichterung des Kirchenaustritts. Gleichzeitig trat A. H. dafür ein, dass den Eltern das Recht zustehen müsse, ihre Kinder „dissidentisch“ zu erziehen, plädierte für die Einführung eines konfessionsfreien Moralunterrichts und die Beseitigung staatlicher Zuschüsse an die Kirchen.<sup>57</sup>

Gemeinsam mit anderen USPD-Mitgliedern unterstützte A. H. die vom Spartakusbund ausgegebene Losung „Alle Macht den Räten! Gegen die Nationalversammlung!“ und wandte sich entschieden gegen den am 6. Dezember unternommenen konterrevolutionären Putschversuch. An den vom Spartakusbund am 8. Dezember organisierten Demonstrationen nahm er ebenfalls aktiv teil, nachdem er zuvor auf verschiedenen USPD-Kundgebungen aufgetreten war.

Bereits an Grippe erkrankt, zog er sich bei nebligem und rechnerischem Wetter eine Lungenentzündung zu, die ihn in den nächsten Wochen, wie Millionen andere Deutsche, aufs Krankenlager zwang. Dies nutzte Konrad Haenisch, um verschiedene vorher verfügte Gesetze bezüglich der Beziehungen von Staat und Kirche sowie Schule und Kirche wieder aufzugeben bzw. abzuschwächen.<sup>58</sup>

<sup>56</sup> Vgl. W. I. Lenin, Werke, Bd. 28, S. 174

<sup>57</sup> Vgl. Horst Groschopp, Dissidenten, S. 399-401.

<sup>58</sup> Vgl. Hermann Giesecke, Zur Schulpolitik der Sozialdemokratie in Preußen und im Reich 1918/19. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Stuttgart 13(1965)2, S. 165. – Vgl. Jochen Jacke, Kirche zwi-

Nach dem Bruch zwischen SPD und USPD im Rat der Volksbeauftragten schied A. H. am 5. Januar 1919 aus dem Kabinett aus. Er hatte aber mit seinen juristischen Akten „Breschen in die Phalanx zwischen Staat und Kirchen geschlagen“<sup>59</sup>

Rückblickend schrieb A. H. über seine Tätigkeit während der Novemberrevolution: „Die alte Garde stirbt, aber sie ergibt sich nicht! Dieser Grundsatz der alten napoleonischen Garde hat sich niemals besser bewährt, als in der Kirche. Die Reaktion der Kirche übertrifft die Noske-Heinesche noch um mindestens eine Pferdelänge; sie ist natürlich lange nicht so täppisch und dumm, als letztere.

Die kirchliche Reaktion hatte es auch nicht nötig, nach dem 9. November 1918 sich ihren ´Erzberger´ durch die Dummheit oder Gewissenlosigkeit der scheinsozialistischen Drahtzieher berufen zu lassen. Die Reaktion der Kirche war durch ein uraltes ´Rätesystem´ in allen maßgebenden und führenden Stellen fest verankert. Als die Novemberstürme heranbrausten, saß das lichtscheue schwarze Raubvogelgezücht in allen Löchern, Ritzen und Verstecken, im Gemäuer des alten, in seinen Festen erzitternden Turms der Reaktion und harrten schlaue und geduldige auf – besseres Wetter.

Den festesten Halt und die größte Sicherheit bot den schwarzen Galgenvögeln der älteste und mit tausendfältigen Schlupfwinkeln versehene Hort der kirchlichen Reaktion in Berlin, Unter den Linden 4, ´Kultus´-Ministerium genannt. Hier hatten sich die Totengräber deutscher Denkfähigkeit so fest eingenistet, dass mehr denn eine Herkulesarbeit dazu gehörte, Wandel zu schaffen oder, oder richtiger gesagt, Auskehr zu halten. Vielleicht wäre es radikal und luftschaffend gewesen, dieses Brutnest für systematische Gehirnlähmung mit seinem lebenden und toten Inventar in die Luft zu sprengen.

Aber einmal wäre es um die durchaus modernen Gebäude und ihre pompösen, aber doch schönen Einrichtungen schade, und dann wäre es ungerecht und grausam gegen das arme und gequälte Arbeitspersonal gewesen. Aber wenn damals Noske gegen das ´Rätesystem´ mobil gemacht hätte, gegen die Geheimräte und verzopfte preußische Bürokratie, die gar nicht begreifen konnte, dass ihre ´königliche´ Halb-Gottheit gestürzt sein sollte, hätte er sich ein großes Verdienst um die Zukunft Deutschlands, um die Wiederaufrichtung der Menschheit durch wirkliche Erziehung des Volkes zum Denken erwerben können...

Der Fehler bei unserem Eintritt ins Ministerium, dem größten Teil der Geheimen Räte, vor allem dem Mephisto derselben, Herrn Hintze, nicht unverzüglich Luftveränderung verordnet haben, musste sich bald an uns selbst und an der Entwicklung revolutionärer Ideen in unserem Machtbereich empfindlich bemerkbar machen. Die Herren übten in und bei allem passiven Widerstand, indem sie die Durchführung von Anordnungen und Verordnungen verhinderten oder ins Unendliche verschleppten“. Das „Großreinemachen“ war zwar meine Absicht. Es „scheiterte aber ...“<sup>60</sup>.

---

schen Monarchie und Republik. Der preußische Protestantismus nach dem Zusammenbruch von 1918, Hamburg 1976, S. 44-47 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, 12).

<sup>59</sup> Horst Groschopp, Dissidenten, S. 401.

<sup>60</sup> Adolph Hoffmann, Unter den Linden 4, in: Die Revolution. Unabhängiges sozialdemokratisches Jahrbuch für Politik und proletarische Kultur, Berlin 1920, S. 178-184.

Im Januar 1919 in den preußischen Landtag gewählt, nutzte A. H. die Parlamentstribüne wiederum für seine aktive politische Tätigkeit. Er geißelte mehrmals den Mord an Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Leo Jogiches; verteidigte den Märzstreik der Berliner Arbeiter; wandte sich gegen Belagerungszustand und Standrecht; forderte die Beseitigung des KPD-Verbots. In seinem Verlag erschienen im Auftrag der Komintern verschiedene marxistisch-leninistische Schriften, so u.a. Lenins Arbeit „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“.

### **Kommunist**

Auf dem außerordentlichen Parteitag der USPD im März 1919 trat er für ein revolutionäres Programm ein und forderte die Wahl eines linken Parteivorstandes, damit auch „die Garantie der Durchführung unserer Beschlüsse“<sup>61</sup> besteht. Auf dem Parteitag Ende November/Anfang Dezember 1919 in Leipzig, auf dem erneut über Programm und Taktik der USPD, ferner über die Stellung zur Kommunistischen Internationale und zur KPD beraten wurde, sprach sich A. H. zunächst für die von Walter Stoecker vorgelegte Resolution aus, war für den Anschluss der USPD an die Komintern.

Als die Rechten aber drohten, die Partei zu spalten, votierte er für die vom Parteivorstand vorgelegte Kompromissresolution. Zwar sah diese den Bruch mit der II. Internationale vor, lehnte aber den Anschluss an die Komintern ab. Der Parteitag wählte A. H. in das Zentralkomitee.

Während des Kapp-Putsches im März 1920 wandte er sich gegen Konterrevolution, Militarismus und Reaktion. Dabei war ihm bewusst, dass eine Wiederholung ähnlicher Ereignisse nur zu verhindern war, wenn nicht nur die errichtete Militärdiktatur beseitigt, sondern überhaupt mit der bürgerlichen Koalitionspolitik so wie sie die rechten Führer der SPD und USPD nach wie vor propagierten, gebrochen wurde. Dafür hielt er es für unbedingt notwendig, dass die Arbeiterparteien und -organisationen in Aktionseinheit zusammenwirkten, besser aber noch, wenn die Arbeiterparteien sich wieder vereinigten. Dabei sollten zunächst KPD und USPD zusammengehen, da ihre Differenzen am geringsten wären.

Er unterstützte mit linken Mitgliedern des ZK der USPD wie Otto Brass, Ernst Däumig, Wilhelm Koenen und Walter Stoecker die Forderung der KPD nach Zurückdrängung des Einflusses der Monopole, der Junker und Militaristen in Staat und Gesellschaft, trat ein für die Durchsetzung demokratischer Veränderungen. Im Sommer und Herbst beteiligte er sich an Aktionen der Bewegung „Hände weg von Sowjetrußland!“.

Im Reichstag, dem er seit Juni 1920 angehörte, setzte er sich für die Zusammenarbeit mit der KPD ein. Immer mehr reifte in A. H. die Erkenntnis, dass die Ziele der Arbeiterbewegung nur verwirklicht werden konnten, wenn KPD und USPD sich vereinigten. Spätestens seit der Reichskonferenz der USPD (1.-3. September) trat er aktiv für den Beitritt der Partei zur Komintern ein.

---

<sup>61</sup> Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages vom 2. bis 6. März 1919 zu Berlin, Berlin o. J. [1919], S. 258.

In verschiedenen Artikeln wandte er sich mit Bertha Braunthal, Ernst Däumig u.a. gegen die antikommunistischen und antisowjetischen Ausfälle der rechten USPD-Führer, forderte die Mitglieder auf, zum bevorstehenden Parteitag nur solche Delegierten zu wählen, „die fest und entschlossen auf dem Boden des Anschlusses an die III. Internationale stehen“. In der „Freiheit“ vom 21. September 1920 begründete er an Hand der Erfahrungen Sowjetrusslands die Notwendigkeit und Funktionen der Diktatur des Proletariats.<sup>62</sup>

Um die USPD-Mitglieder mit den Beschlüssen des II. Weltkongresses der Komintern vertraut zu machen, erschien in Hoffmanns Verlag, herausgegeben von Ernst Däumig, Kurt Geyer und Walter Stoecker, die „Kommunistische Rundschau“. Auf dem Hallenser Parteitag der USPD im Oktober 1920 wurde A. H. neben Ernst Däumig, theoretischer Kopf der Freireligiösen, zum Vorsitzenden der USPD (Linke) gewählt.

Er gehörte dann zu dem aus je vier Vertretern von KPD und USPD gewählten Komitee, das die unmittelbaren Vorbereitungen des Vereinigungsparteitages Anfang Dezember 1920 leitete. Auf dem Parteitag wurde er in die Zentrale der VKPD gewählt; er leitete auch die Reichstagsfraktion. Unter den programmatischen Dokumenten, die der Vereinigungsparteitag annahm, befand sich auch ein Agrarprogramm, das – maßgeblich von Edwin Hoernle ausgearbeitet – unter Mitwirkung von A. H. entstanden war. Er hielt es zwar noch nicht für vollkommen, jedoch schien es ihm wichtig zu sein, dass die VKPD für ihre Arbeit mit den Bauern und Landarbeitern „erst einmal ... etwas Bestimmtes in den Händen“<sup>63</sup> hatte.

In Verwirklichung der Parteitagsbeschlüsse wandte sich die VKPD mit einem „Offenen Brief“ im Februar 1921 an die anderen Arbeiterparteien und -organisationen und rief zum gemeinsam Kampf gegen die Unternehmeroffensive auf. An der Ausarbeitung des „Offenen Briefes“ und der danach begonnenen Politik der weiteren Hinwendung zur SPD und zu den Gewerkschaften war A. H. aktiv beteiligt und er trat als Gegner der „Offensivtheorie“ auf, wie sie besonders in den Märzkämpfen initiiert wurde.

Während viele Arbeiter diese Politik begrüßten, stieß sie auf strikte Ablehnung der rechten SPD- und USPD-Führer. Auch linkssektiererische Kräfte in der VKPD lehnten sie ab. Auf der Zentralausschusssitzung der Partei im Februar 1921 kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung mit ihnen. Auch A. H. nahm an den Debatten teil. Er unterstützte eine von Paul Levi vorgelegte Resolution zur so genannten italienischen Frage. Als die Mehrheit der Mitglieder des Zentralausschusses eine Gegenresolution verabschiedete, legte er gemeinsam mit Ernst Däumig, dem Parteivorsitzenden Paul Levi, Clara Zetkin und anderen seine Funktion in der Zentrale nieder. An seine Stelle trat neben anderen auch der spätere Vorsitzende des Deutschen Freidenker-Verbandes, Max Sievers, zeitweilig in die Zentrale ein.

---

<sup>62</sup> Vgl. Adolph Hoffmann, Die Notwendigkeit der Diktatur und die Dritte Internationale, in: Freiheit (Berlin), Nr. 394 vom 21. Sep. 1920, Morgenausgabe, S. 1.

<sup>63</sup> Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der KPD (Spartakusbund). Abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920, Berlin 1921, S. 100.

## Bruch mit der KPD

Am 26. September 1921 durchschnitten A. H. und Ernst Däumig dann selbst das Band mit der KPD. Sie traten aus ihr aus und schlossen sich der von Paul Levi gegründeten Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft (KAG) an. Dabei betonten sie zwar, dass ihnen der Schritt nicht leicht gefallen wäre, aber die noch nicht völlig überwundenen „linken“ Auffassungen, wie sie in der „Offensivtheorie“ zum Ausdruck kämen, ließe ihnen keine andere Möglichkeit. Ja, in der Zentrale hätten die Anhänger dieser Theorie „eine nicht unbeträchtliche Vertretung“ inne<sup>64</sup>, was unweigerlich dazu führen müsste, dass die KPD „den Rückmarsch von Marx zu Bakunin“ antrete, d. h. vom Marxismus zum Anarchismus, den sie nicht mitmachen könnten.<sup>65</sup>

Auch die „Zusammensetzung des gegenwärtigen Internationalen Büros böte nicht die Gewähr ..., dass die Sache des Kommunismus der Eigenart der einzelnen Länder entsprechend vertreten wird“.<sup>66</sup>

Walter Stoecker bezeichnete den Schritt beider als „einen unverständlichen“<sup>67</sup>, für den es keinerlei Veranlassung gab. Und Clara Zetkin schrieb in der „Roten Fahne“: „Die Mängel, Fehler, Schwächen, Irrungen der Partei sind keine Rechtfertigung, kein positives Programm für eine neue Parteigründung. Sie sind Mahnung, Pflichtgebot, in der Partei zu bleiben, um den Prozess ihres politischen und organisatorischen Reifens und der Erstarkung zu unterstützen und zu beschleunigen. Solche Unterstützung erfolgt durch Arbeit und Kampf mit ihr und nicht in Arbeit und Kampf gegen sie.“

Und weiter: „... jede Zersplitterung und Schwächung der Parteikräfte ist in ihrer Auswirkung Schlimmeres als ein unbegreiflicher, politischer Rechenfehler: eine große Schuld“ gegen die KPD, das deutsche und internationale Proletariat.<sup>68</sup>

Da die KAG keinen größeren Einfluss gewann, schloss sie sich im März 1922 der USPD (Rechte) an und trat mit deren Mehrheit im September des gleichen Jahres wieder der SPD bei. Hier gehörte A. H. bald zu dem sich herausbildenden linken Parteiflügel. Aktiv unterstützte A. H. die 1922 in Rapallo geschlossenen Verträge zwischen Deutschland und Sowjet-Rußland. Im Herbst 1923 wandte er sich als einer der wenigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten gegen die Ermächtigungsgesetze, durch die zahlreiche Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt wurden.

Den faschistischen Hitler-Ludendorff-Putsch nahm er zum Anlass, sich mit den Zielen und Trägern des Faschismus auseinanderzusetzen. In seinem 1924 erschienenen Büchlein „Die Jude wird verbrannt“ wandte er sich gegen faschistische Völkerhetze, Antisemitismus, Imperialismus, Militarismus und Krieg. In erzählender Form, anhand von Reiseerlebnissen, wandte er sich darin vor allem gegen die von der NSDAP und der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei betriebene nationalistisch-chauvinistische und antisemitische, rassistische Hetze.

<sup>64</sup> Mitteilungsblatt der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft. Hrsg. von Ernst Däumig und Adolph Hoffmann (Berlin), 1 (1921), 6, S. 1.

<sup>65</sup> Ebenda, Nr. 1, S. 1.

<sup>66</sup> Ebenda.

<sup>67</sup> Internationale Presse-Korrespondenz (Berlin), 1921, 3, S. 32.

<sup>68</sup> Die Rote Fahne (Berlin), Nr. 449 vom 1. Oktober 1921, Abendausgabe.

Er forderte zum Kampf gegen den faschistischen Terror auf und zeigte, dass beide faschistischen Parteien von Anbeginn aufs engste mit dem Junkertum, Teilen des Finanzkapitals und offen militaristischen Kreisen verbunden waren. Vor allem wandte A. H. sich erneut gegen die Verhetzung der Jugend wie sie besonders in den Schulen erfolgte. Scharf prangerte er auch an, dass „die Völker immer wieder zum Hass statt zur Menschenliebe“ erzogen würden.<sup>69</sup>

Entgegen von Forderungen der SPD-Führer wirkte A. H. als einer der wenigen bekannten Sozialdemokraten in der Internationalen Arbeiterhilfe mit, war Mitglied ihres Reichsvorstandes. Sehr eng arbeitete er hier mit Wilhelm Münzenberg und Wilhelm Pieck zusammen und war maßgeblich an der Organisierung internationaler Solidaritätsaktionen beteiligt.

1925 kritisierte er während der Reichspräsidentenwahl die von den rechten Führern betriebene Politik. Mit anderen linken Sozialdemokraten trat er für die Aktionseinheit mit der KPD zur Verteidigung der errungenen sozialen und demokratischen Rechte der Werktätigen ein. Er wandte sich gegen Fürstenabfindungen und hatte 1926 Anteil daran, dass sich die Führung der SPD der von der KPD initiierten Massenbewegung zur Durchführung eines Volksentscheids für die entschädigungslose Fürstenenteignung anschloss.

### **Krankheit, Tod und Urnenfeier**

Mit zunehmendem Alter verschlechterte sich sein Gesundheitszustand. Nachdem er 1921 bereits die Verlagsarbeit in jüngere Hände gelegt, Erich Freyer mit der Geschäftsführung beauftragt und den Verlag in eine GmbH umgewandelt hatte, zog er sich um 1927 mehr und mehr auch von der politischen Arbeit zurück. Auf Drängen von jungen SPD-Mitgliedern kandidierte A. H. 1928 nochmals für den preußischen Landtag und er wurde als Abgeordneter gewählt. Mehrmals wandte er sich gegen die Mitwirkung der SPD in einer Regierung der Großen Koalition.

Wenige Wochen vor seinem Tode forderte er die Regierung dazu auf, „nicht den Großagrariern und Junkern“, sondern den kleinen Landwirten Unterstützung zu gewähren. Auf die „Argumente“ des deutschnationalen ostpreußischen Rittergutsbesitzers Karl von Plehwe, dass es gar keine Junker gäbe, antwortete er voll Ironie: „Fragen Sie nur einmal den Herrn Minister. Ich glaube, wenn Sie heute beantragen würden: Was gedenkt das Staatsministerium den Großgrundbesitzern gegenüber zu tun, die bisher eine Staatsunterstützung noch nicht erhalten haben, dann würde der Herr Minister Ihnen antworten müssen: Solche Herren sind hierorts nicht bekannt. (Heiterkeit).“<sup>70</sup>

Wiederum manifestierten sich als typische Charakterzüge von A. H. : Schlagfertigkeit, Witz und Ironie. Wenn er im Reichstag, dem Preußischen Abgeordnetenhaus oder auch in der Berliner Stadtverordnetenversammlung sprach, „ging`s meist sehr lebhaft zu“, wie die „Weltbühne“ im Juli 1918 schrieb.

<sup>69</sup> Adolph Hoffmann, Reise-Erlebnisse. Mit Zeichnungen von Fritz Wolff, Berlin 1924, S. 7 [Auch unter dem Titel: Der Jude wird verbrannt].

<sup>70</sup> Sitzungsbericht des Preußischen Landtags, 3. Wahlperiode, 1. Bd., Berlin 1930, Sp. 16101-16102.

Vor allem seine Zwischenrufe saßen. Sie stiegen auf wie Raketen, die „ein alter proletarischer Vulkan“ abfeuerte, dem nur wohl war, „wenn er Feuer speien“ konnte, wie wir weiter lesen.<sup>71</sup> Auf Wunsch vieler Berliner Arbeiter und zu seiner Erbauung schrieb A. H. an seinen Memoiren. Ca. 1928 erschien der Teil, der sich mit dem Sozialistengesetz beschäftigt.

Am 1. Dezember 1930 ist Adolph Hoffmann in Berlin verstorben. Tausende nahmen an der Trauerfeier am 6. Dezember im Krematorium Gerichtstraße und außerhalb davon auf den Straßen im Wedding teil und erwiesen ihm die letzte Ehre. An seinem Sarge sprachen zwei seiner engsten Kampfgefährten der letzten Jahre, Klaus Zweiling und Max Sievers<sup>72</sup>.

Sie würdigten sein Leben und Werk. Ein Doppelquartett sang als Fantasie auf die Marseillaise „Ein Sohn des Volkes wollte er sein“. Auf diese Weise und auch mit der auf dem Grabstein gewählten Inschrift „Vieles hat er gewollt und getan, was er gekonnt“ wurde sein Lebensinhalt zum Ausdruck gebracht. Auf der Trauerfeier sah man neben Vertretern der SPD, wie dem Reichspräsidenten Paul Löbe, den Reichstagsabgeordneten Artur Crispian und Wilhelm Dittmann, vor allem viele Abgesandte des Deutschen Freidenker-Verbandes, des Bundes der freien Schulgesellschaften sowie des Bundes für Geistesfreiheit und der Berliner Freireligiösen Gemeinde.<sup>73</sup>

Seine Urne wurde auf dem Zentralfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde beigesetzt und seit 1951 – nach einer Umbettung – befindet sich sein Urnengrab in der Gedenkstätte der Sozialisten, die sich auf dem Gelände dieses Friedhofs befindet. Eine weitere Erinnerungsstätte für Adolph Hoffmann ist das ehemalige Wochenendhaus „Waldesfrieden“ in der Schillerstraße 29 im Ortsteil Vogelsdorf der Gemeinde Fredersdorf (Kreis Märkisch-Oderland). Hier war noch bis 1990 eine eigenhändig von A. H. angebrachte Tafel an der Hausfront zu besichtigen, deren Text lautet:

„Mit Trinken, Spielen und Rauchen  
Kann man viel Geld verbrauchen.  
Spart man daran, pro Woche drei Mark,  
spricht mancher, das ist ein rechter Quark.  
Ich hab`s mir 50 Jahre getraut  
und davon Waldfrieden gebaut.  
Adolph Hoffmann  
Erbaut 1906 – 1923.“

<sup>71</sup> Johannes Fischart, Politiker und Publizisten: Adolph Hoffmann, in: Die Weltbühne (Berlin), Juli 1918, S. 27-32.

<sup>72</sup> Klaus Zweiling (1900 – 1968), Physiker und Philosoph, linker Sozialdemokrat, 1934 wegen antifaschistischer Tätigkeit verurteilt, nach 1945 Mitglied der SED, Professor für Philosophie an der Humboldt-Universität in Berlin bzw. der Karl-Marx-Universität in Leipzig.

Max Sievers (1887 – 1944), Arbeiter, schon vor 1914 linker Sozialdemokrat, aktiv an der Vereinigung von USPD und KPD beteiligt, 1922 trat er aus der KPD aus, 1926 wieder Eintritt in die SPD, Geschäftsführer und Vorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbandes, 1933 Emigration, 1943 in Frankreich wegen aktiver antifaschistischer Tätigkeit verhaftet und vom faschistischen Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am 17. Januar 1944 im Zuchthaus Brandenburg-Görden durch das Fallbeil hingerichtet. Vgl. Gernot Bandur, Freidenker und Sozialist Max Sievers. – Eine politische Biografie, in: Freidenker (Köln), Nr. 3/2004, S. 8-47.

<sup>73</sup> Vgl. Vorwärts (Berlin), Nr. 573 vom 7. Dez. 1930, 1. Beil.